



---

19. Wahlperiode

## **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

43. Sitzung

Dienstag, 14. April 2026, 13:00 bis 15:37 Uhr

### **Anhörung**

**„Demografie im Wandel – Europa zukunftsfest machen“**

**Inhalt**

Sachverständige .....	3
Fragenkatalog .....	4
Anlagen .....	7
Anhörung gemäß § 173 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag „Demografie im Wandel – Europa zukunftsfest machen“ .....	8

## Sachverständige

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., München

**Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler**

Professorin für Demografie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg

**Prof. Dr. Bernhard Köppen**

Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie und Professor für Humangeographie an der Universität Koblenz, Koblenz

**Dr. Elke Loichinger**

Leiterin des Referats Demografische Analysen und Modellrechnungen, natürliche Bevölkerungsbewegungen am Statistischen Bundesamt, Wiesbaden

**Giles Merritt**

Senior Associate Fellow am Egmont Royal Institut for International Relations, Brüssel

**Dr. Harald Michel**

Institut für Angewandte Demographie, Berlin

**Dr. Markus Schmitz**

Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

**Prof. Dr. Katharina Spieß**

Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

## Fragenkatalog

### Themenkomplexe:

- I. Bestandsaufnahme des demografischen Wandels in der EU  
Der demografische Wandel in Europa wird maßgeblich durch sinkende Geburtenraten, eine steigende Lebenserwartung und komplexe Migrationsbewegungen geprägt. Die EU unterstützt die Mitgliedstaaten seit den 2000er Jahren mit gezielten Initiativen, etwa durch den EU-Demografie-Atlas und dem Demografie-Instrumentarium, um diese Entwicklung zu analysieren und politische Maßnahmen abzustimmen.
  1. Ursachen  
Welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren sind für die aktuellen demografischen Entwicklungen in Europa verantwortlich, und wie lassen sie sich systematisch analysieren?
  2. Statistiken und Entwicklungen  
Wie entwickelt sich die Alters- und Erwerbsbevölkerungsstruktur in den EU-Staaten (insbesondere in Bayern) bis 2040, und welche Regionen zeigen die stärksten demografischen Divergenzen?
  
- II. Auswirkungen und Folgen des demografischen Wandels  
Die sinkende Zahl der erwerbsfähigen Menschen in Bund und Ländern gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Die EU prognostiziert bis 2050 einen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung um 48 Millionen Menschen und fördert daher seit 2021 regionale Anpassungsstrategien, um den Fachkräftemangel und soziale Ungleichheiten abzumildern.
  1. Arbeitsmarkt  
Wie wirkt sich die schrumpfende Erwerbsbevölkerung auf Fachkräfteengpässe in Schlüsselbranchen (Industrie, IT, Pflege) sowie auf die Lohn- und Tarifentwicklung in Deutschland und Bayern aus?
  2. Standortattraktivität  
In welchem Maße beeinflusst die demografische Entwicklung die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher bzw. bayerischer Standorte (Investitionsklima, Innovationspotenzial)?
  3. Regionale Entwicklungen in Europa  
Welche strukturellen Unterschiede entstehen zwischen urbanen Zentren und strukturschwachen Regionen (z. B. Stadt-Land-Gefälle, Nord-Süd-Gefälle in Europa) hinsichtlich Abwanderung, Infrastrukturbedarf und Wirtschaftswachstum?  
Untergraben territoriale Ungleichheiten den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft?
  4. Demokratische Resilienz  
Wie korreliert die demografische Alterung mit Wahlbeteiligung, politischem Vertrauen und der Gefahr von Populismus in den betroffenen Regionen in Europa?

- III. Strategien und Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene  
Der demografische Wandel verlangt ein koordiniertes Handeln auf europäischer und nationaler Ebene, das sowohl die unmittelbaren Bedürfnisse des Arbeitsmarktes als auch die langfristige gesellschaftliche Stabilität adressiert.
1. Fachkräftesicherung und Arbeitskräftemobilität  
Welche Kombination aus gezielter Zuwanderung (EU-Blue-Card-System, Anerkennung von Berufsqualifikationen) und innerstaatlichen Qualifizierungsprogrammen kann dem Fachkräftedefizit nachhaltig begegnen? Wie kann dem Arbeitskräftemangel durch eine gesteuerte legale Migration besser begegnet werden?
  2. Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit  
Wie können EU-Förderinstrumente (Horizon Europe, Digital Europe) und nationale Innovationscluster (bayerische High-Tech-Standorte) gezielt verknüpft werden, um Forschung, Digitalisierung und Technologie-Transfer zu beschleunigen?
  3. Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Stabilität  
Welche Reformen der Renten, Pflege und Gesundheitssysteme (z. B. solidarische Mindestrente, universelle Pflegeversicherung) sichern langfristig die finanzielle und soziale Absicherung aller Generationen? Was ist erforderlich, um die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von Frauen und Alleinerziehenden zu verbessern? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu verbessern? Wie kann den Grundsätzen der ‚Gleichstellung der Geschlechter‘ und der ‚Generationengerechtigkeit‘ besser Geltung verschafft werden? Wie kann der Zugang der jüngeren Generation zum Arbeitsmarkt und zu erschwinglichen Wohnraum verbessert werden?
  4. Demokratische Resilienz  
Welche partizipativen Formate (Bürgerräte, digitale Konsultationen) stärken die Einbindung älterer Bürgerinnen und Bürger und erhöhen das Vertrauen in demokratische Institutionen?
- IV. Bayerische Impulse für eine europäische Demografie Strategie  
Seit 2021 verknüpft die europäische Demografie-Strategie, verankert in der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ und dem „Grünbuch zur Alterung“, die Herausforderungen des demografischen Wandels mit konkreten Handlungsfeldern. Doch erst durch das Zusammenspiel mit nationalen Strategien, wie der deutschen Demografie-Strategie, entstehen wirksame Lösungen für Wirtschaft, Gesellschaft und soziale Sicherheit. Bayern spielt dabei als wirtschaftsstarke und strukturell vielfältige Region eine zentrale Rolle.
1. Wirtschaft  
Wie kann Bayern als Innovations- und Fachkräfte-Hub (z. B. durch gezielte Fachkräfte-Zuwanderung, duale Ausbildung und Cluster-Förderung) ein Modell für die EU-weite Wirtschaftsförderung bereitstellen?
  2. Gesellschaft  
Welche bayerischen Programme für lebenslanges Lernen, digitale Grundbildung und generationenübergreifende Sozialpolitik (z. B. Teilzeit-Modelle, Job-Sharing) können als Best-Practice für die soziale Dimension der EU dienen?

3. Demokratie  
Wie können bayerische Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und inklusiven Entscheidungsprozessen in die EU-Demografie-Strategie integriert werden, um die demokratische Resilienz auf kontinentaler Ebene zu stärken?
4. EU-Strategie zur Bewältigung des demografischen Wandels  
Wie wird Sie das bisherige Instrumentarium der EU zur Bewältigung des demografischen Wandels bewertet? Wie aussagekräftig sind die Demografieberichte der EU? Wie können demografische Variablen bei der Zuweisung der Kohäsionsmittel stärker berücksichtigt werden? Wie lassen sich in den strukturschwachen und von Entvölkerung bedrohten Regionen hochwertige Arbeitsplätze und eine bedarfsdeckende soziale Infrastruktur schaffen? Was ist notwendig, um in Europa eine ‚Gesellschaft der Langlebigkeit‘ zu schaffen?

## Anlagen

Stellungnahme Dr. Harald Michel .....	47
Stellungnahme Dr. Markus Schmitz .....	51
Präsentation Dr. Schmitz .....	54
Präsentation Dr. Elke Loichinger .....	68

(Beginn: 13:00 Uhr)

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 43. Sitzung des Bundes- und Europaausschusses. Wir haben hier heute eine Anhörung von Sachverständigen gemäß § 173 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag zum Thema "Demografie im Wandel – Europa zukunftsfest machen". Das ist ein sehr wichtiges Thema, dem wir uns heute widmen.

Dieser Anhörung lag der Antrag der SPD-Fraktion auf der Landtagsdrucksachennummer 19/8882 vom 12.11.2025 zugrunde. Ich gehe davon aus, dass hier darüber Einverständnis besteht, wenn Ton- und Filmaufnahmen von Mitgliedern der Presse, des Funks und des Fernsehens gemacht werden und damit entsprechend die Genehmigung nach § 140 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag erteilt ist. – Ich sehe ein breites Nicken von den Kollegen; somit ist diese Genehmigung gegeben.

Ich begrüße als Sachverständige für diese heutige Anhörung hochkarätige Experten, hier bei uns im Europaausschuss auf dem Podium sitzend oder zugeschaltet. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, ganz herzlich begrüßen und kurz in alphabetischer Reihenfolge vorstellen: Herrn Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft in München; er ist per Video zugeschaltet. Frau Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler, Professorin für Demografie an der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg; herzlich willkommen, auch per Video zugeschaltet. Dann sitzt hier auf meiner rechten Seite Herr Prof. Dr. Bernhard Köppen, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie und Professor für Humangeographie an der Universität in Koblenz; er kommt also fast aus meiner Ecke. Dann darf ich auf meiner linken Seite ganz herzlich Frau Dr. Elke Loichinger begrüßen; sie ist Leiterin des Referats "Demografische Analysen und Modellrechnungen, natürliche Bevölkerungsbewegungen" am Statistischen Bundesamt, herzlich willkommen. Zugeschaltet per Video Herr Giles Merritt, Senior Associate Fellow am Egmont Royal Institute for International Relations in Brüssel; wir haben auch eine Dolmetschung, ich hoffe, sie ist dann auch sehr gut zu verstehen. Ein weiterer Gast ist Herr Dr. Harald Michel, Institut für Angewandte Demografie in Berlin; auch er ist per Video zugeschaltet. Herr Dr. Markus Schmitz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Frau Prof. Dr. Katharina Spieß, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden.

Ich freue mich, dass Sie sich alle Zeit nehmen, mit uns hier im Europaausschuss des Bayerischen Landtags zu diskutieren. Zunächst einmal darf ich Sie, liebe Sachverständige, bitten, Ihre Hauptthesen und wichtigsten Aussagen zum Thema vorzutragen. Der Aufruf wird in alphabetischer Reihenfolge stattfinden. Anschließend wird die Fragerunde für die Abgeordneten eröffnet. Der Sachverständige Bertram Brossardt muss um 14:45 Uhr zum nächsten Termin; wenn von Seiten der Abgeordneten Fragen an Herrn Brossardt sind, bitte ich Sie, diese rechtzeitig zu stellen, sodass er sie noch beantworten kann. Die Sachverständigen Dr. Michel und Dr. Schmitz haben vorab bereits Stellungnahmen eingereicht, die Ihnen schriftlich zugeleitet wurden; sie werden dann auch dem Wortprotokoll der Sitzung als Anlage beigelegt (siehe Anlagen 1 und 2).

Sehr verehrte Damen und Herren Sachverständige, bereits im Vorhinein auch im Namen meiner Ausschusskolleginnen und -kollegen ein ganz herzliches Dankeschön. Ich freue mich nun auf unsere Sitzung: auf Ihre Statements und auf unseren Austausch zu diesem wichtigen Thema. Ich würde jetzt um ein fünf- bis

siebenminütiges Statement von Herrn Bertram Brossardt bitten; lieber Bertram, ich erteile dir das Wort.

**SV Bertram Brossardt (Hauptgeschäftsführer vbw):** Liebe Frau stellvertretende Ausschussvorsitzende Müller, liebe Ulrike, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, sehr geehrte aktiv Beteiligte an dieser Anhörung, meine Damen und Herren! Ich weiß jetzt gar nicht, als was ich rede: Rede ich als Verwaltungsrat der Bundesagentur? Das Thema gibt es auch in dem Ausschuss, in dem ich alternierender Vorsitzender bin. Oder rede ich als Mitgestalter der Arbeitsbeziehungen im Tarifwesen? – Am Ende ist es auch wurst.

Meine Damen und Herren, rund ein Fünftel aller Menschen in der EU ist heute über 65 Jahre alt, 2050 wird es ein Drittel sein. Das hat natürlich Auswirkungen auf Leben, Arbeit und Wirtschaft in Europa. Der Arbeitsmarkt ist unter Druck. Immer mehr Menschen scheiden altersbedingt aus dem Erwerbsleben aus. Immer weniger junge Menschen rücken nach. Trotz Stagnation, trotz Wirtschaftskrise, trotz Stellenabbau bleibt der Arbeits- und Fachkräftemangel eine der zentralen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort nicht nur bei uns, sondern in weiten Teilen Europas. In vielen Branchen suchen die Unternehmen händeringend nach gut ausgebildeten Arbeitskräften. Ich nenne, was man immer so nennt: den Pflegebereich, den Bildungsbereich und das Handwerk. Es geht aber auch um weitreichende Teile der Industrie; auch da wird überall gesucht.

Demografie bringt die sozialen Sicherungssysteme an die Grenzen der Belastbarkeit. Die EU prognostiziert bis 2050 – soweit kann ich nicht denken – einen Rückgang von 48 Millionen Menschen. In Deutschland erreichen – soweit kann ich denken – bis 2036 rund 19 Millionen Babyboomer das Renteneintrittsalter.

Parallel hat sich, was ja auch gut ist, die Bezugsdauer der Rentner seit 1960 verdoppelt. Wenn wir da nicht effektiv gegensteuern, wird unsere Wirtschaftsleistung dadurch schrumpfen.

Demografie mindert die Attraktivität unseres europäischen Wirtschaftsstandorts. Die Alterung der Gesellschaft führt zu steigenden Lohnnebenkosten und zur Notwendigkeit, das Sozialsystem immer stärker über Steuermittel zu finanzieren.

Für die Unternehmen bedeutet das höhere Arbeitskosten und erhebliche Nachteile im internationalen Wandel, auch weil Gründungen ausbleiben. Mit Blick auf die Zahlen von Startups und Scaleups, auf die wir in Bayern berechtigterweise stolz sind, ist das im Vergleich zu internationalen Wettbewerbern ein Defizit.

Am Ende sage ich ganz klar und deutlich: Durch den demografischen Wandel ist schließlich sogar von einem Risiko für unsere Demokratie zu sprechen. Die Migration spielt eine zentrale Rolle, um den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu verändern und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas zu verbessern. Das löst natürlich – vorsichtig formuliert – viele Ressentiments aus.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Bertram, darf ich dich kurz unterbrechen? Kannst du ein bisschen lauter sprechen? Der Stenograf versteht dich relativ schlecht.

**SV Bertram Brossardt (Hauptgeschäftsführer vbw):** Dann rede ich lauter, so wie man es von mir auch gewöhnt ist. – All diese Aspekte machen deutlich: Old Europe braucht eine Frischzellenkur. Aus unserer Sicht sind es sechs zentrale Hebel.

Erstens. Wir müssen Kooperationen befeuern. Der technische Fortschritt ist ein entscheidender Faktor, um die Folgen einer alternden Gesellschaft abzufedern. Hier geht es um Produktivitätssteigerung mit Hilfe von Automatisierung, KI und Ro-

botik. Hier geht es auch um gesundheitliche Versorgung von immer mehr älteren Menschen, bei der uns Innovationen unterstützen können. Eine der wichtigsten Aufgaben der Politik ist es deshalb, Forschung und Fortschritt zu fördern. Ich glaube, dass Bayern das mit der Hightech Agenda und der Hightech Agenda Plus ganz gut macht. Da ist eine Technologieoffensive aufgelegt. Das stärkt den Wettbewerb der bayerischen Unternehmen. Vielleicht hat das eine oder andere, was in Bayern und jetzt in Deutschland gemacht wird, ein Stück weit Ausstrahlung.

Zweitens. Wir müssen mehr in die Bildung investieren. Die schrumpfende Anzahl an Arbeitskräften können wir nur dann kompensieren, wenn die Qualität der Arbeit erhöht wird. Bildung ist das Fundament. Die Rechnung ist einfach: Wenn weniger Menschen arbeiten, müssen sie über mehr und höheres Know how verfügen. Mismatch-Situationen auf dem Arbeitsmarkt müssen reduziert werden. Deutschland und Bayern haben da ja bildungspolitisch einiges im Köcher, was auch europäisch ausstrahlen sollte und könnte. Ich nenne unser duales Ausbildungssystem. Ich nenne die Teilqualifizierung als sinnvolle Möglichkeit, vor allem geringqualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitssuchende praxisnah weiterzubilden. Ich nenne auch die konsequente Förderung von digitalem Lernen an den bayerischen Schulen.

Drittens. Wir müssen das vorhandene Potenzial an Erwerbstätigen ausschöpfen. Um dem Demografiedilemma wirksam zu begegnen, muss die EU ihren Fokus auf das innereuropäische Erwerbspotenzial richten. Da ist noch einiges zu holen. Da muss man auch deutlich sagen: Man muss da in Deutschland, aber auch in Bayern noch kräftig aufholen. Es geht um die Erwerbsbeteiligung von Frauen, die weiter gesteigert werden muss, etwa nach einer Familienpause. Es geht grundsätzlich darum, mehr Teilzeitkräfte dazu zu bewegen, in Richtung Vollzeit aufzustoßen. Wenn Europa aus der Demografiefalle herauskommen soll, dann müssen die Menschen auf unserem Kontinent mehr arbeiten. Die Politik kann dafür die Voraussetzungen schaffen. Wir brauchen deutlich mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Pflegebedürftige.

Es geht aber auch um das Thema "Arbeitszeitflexibilisierung". Ich weiß, dazu gibt es hier im Raum bestimmt keine generelle Übereinstimmung. Wir müssen die Tageshöchstarbeitszeit endlich durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzen. Es gibt den EU-Rahmen von maximal 48 Stunden pro Woche. In Deutschland muss diese Regulierung jetzt auch endlich umgesetzt werden.

Wir brauchen eine deutlich stärkere Partizipation der Älteren am Arbeitsmarkt. Ein Ansatzpunkt ist trotz allem die neue Aktivrente. Da hat sich in den letzten 20 Jahren auch wahnsinnig viel getan. Man wird da aber auch in unserer Gesellschaft neue Anreize setzen müssen.

Viertens. Wir müssen die Zuwanderung besser managen. Selbst wenn wir uns in Punkto Qualifizierung, Erwerbsbeteiligung und Produktivität verbessern, wird uns der demografische Wandel massiv zusetzen. Wir brauchen gezielte Zuwanderung – jetzt und in der Zukunft.

Wir müssen den Blick nur auf das deutsche Gesundheitswesen richten. Das würde ohne Zuwanderung zusammenbrechen. Im Jahr 2025 waren 526.200 ausländische Fachkräfte im deutschen Gesundheitswesen tätig. Gegenüber 2015 ist ihre Anzahl um 288 % gestiegen.

Mit anderen Worten. Unsere alternde Gesellschaft ist auf Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Ohne sie werden wir unseren Wohlstand nicht erhalten können.

Gleichzeitig sehen wir, dass die ungesteuerte Migration Deutschland zwischenzeitlich an den Rand der Belastungsgrenzen gebracht hat. Hetzer und Antidemokraten haben daraus Kapital geschlagen. Die Rufe nach Abschottung werden in ganz Europa lauter. Das können wir uns nicht leisten. Das ist für unseren Wirtschaftsstandort brandgefährlich, auch weil die dringend benötigten Fachkräfte abgeschreckt werden. Mehr als ein Viertel der Eingewanderten denkt aktuell über eine Abwanderung nach.

Wir müssen das Thema differenziert betrachten: Europa muss mehr gegen die illegale Migration tun. Gleichzeitig müssen die Mitgliedstaaten mehr für die Integration von Geflüchteten mit Bleibeperspektive tun. Europa muss mehr tun, um gut qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten auf unseren Kontinent zu holen. Dazu gehört auch eine aktive Willkommenskultur.

Ich bin mir sicher, die Kombination von geordneter Migration und gezielter Integration wird dann zu einer höheren Akzeptanz in der Gesellschaft führen. Wir brauchen diese Menschen. Deutschland und unser bayerischer Bundesinnenminister sind hier aus unserer Sicht auf dem richtigen Weg.

Auf europäischer Ebene gilt es, den Binnenmarkt zu stärken und das grenzüberschreitende Arbeiten zu erleichtern. Ich habe mich permanent mit Genehmigungen und Anzeigen zu beschäftigen. Ehrlich gesagt: Ich halte das für Schwachsinn.

Ich komme zu Punkt fünf. Wir brauchen dringend Reformen der Sozialversicherungssysteme. Die Mitgliedstaaten müssen darauf Antworten finden; diesen Streit gibt es ja nicht nur bei uns. Der gleiche Streit wird – als ein Beispiel für viele – bei unseren französischen Freunden geführt. Reformen sind jetzt dringend notwendig.

Mein sechster und letzter Punkt, der auch nicht gerne gehört wird; ich wiederhole ihn aber ununterbrochen: Wir müssen wieder mehr arbeiten. Heute leben die Menschen länger als je zuvor. Gleichzeitig arbeiten sie kürzer denn je. Letzteres gilt zumindest für Deutschland. Deshalb ist es für uns als bayerische Wirtschaft klar: Die Arbeitszeit muss erhöht werden. So verbessern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit, schaffen positive Impulse für die Konjunktur und halten Jobs in Deutschland und Europa. Für uns in Bayern gilt, unsere Haltung ist da bekannt: Ein zusätzlicher Arbeitstag pro Jahr würde helfen und wachstumsfördernd wirken.

Ich habe das jetzt im Schnelldurchlauf gemacht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank für die Ausführungen, Herr Brossardt. – Ich würde gleich zur nächsten Referentin, Frau Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler, Professorin für Demografie an der Universität in Bamberg, weitergeben. Ich übergebe Ihnen das Wort für maximal zehn Minuten. Ist das in Ordnung? – Uns läuft sonst die Zeit davon und den letzten Referenten bleibt keine Zeit mehr.

**SVe Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler (Universität Bamberg):** Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Brossardt hat bereits die zahlreichen Herausforderungen diskutiert, die der demografische Wandel mit sich bringt. Ich möchte hier eine etwas andere Perspektive aufmachen, nämlich die Perspektive der Möglichkeiten, die uns der demografische Wandel liefert, unsere Gesellschaft nachhaltig zu transformieren.

Um den Auswirkungen einer alternden Bevölkerung – sinkende Geburtenrate sowie rückläufiger Bevölkerungszahlen insbesondere in ländlichen Gebieten – effektiv zu begegnen, müssen wir strategische Maßnahmen ergreifen. Herr Brossardt hat eine ganze Reihe dieser strategischen Maßnahmen aufgeführt, die ich jetzt nicht im Einzelnen wiederholen möchte. Wichtig ist mir, dass diese Maßnahmen

soziale und wirtschaftliche Aspekte integrativ – das möchte ich unterstreichen – berücksichtigen müssen. Für eine inklusive, resiliente und zukunftsfähige Gesellschaft ist es entscheidend, demografische Variablen konsequent in politische Entscheidungen zu integrieren. Die Berücksichtigung von Faktoren wie Altersstruktur, Migration, Geburtenraten, Stadt-Land-Unterschied sollten in der politischen Agenda verankert sein. Ein datengestützter Ansatz kann hier helfen, gezielte Maßnahmen zu entwickeln.

Diese Maßnahmen müssen auf die spezifischen Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – das heißt Junge und Ältere, Männer und Frauen sowie Bewohner von städtischen und ländlichen Regionen – zugeschnitten sein.

Die Förderung einer Gesellschaft der Langlebigkeit ist ein wichtiger Aspekt. Eine alters- und altersgerechte Umwelt zu schaffen, bedeutet, die Infrastruktur so zu gestalten, dass sie Barrieren abbaut – Barrieren für alle, für Alte wie für Junge. Das heißt: Die Belange aller Generationen sollten unterstützt werden, um so das Zusammenleben zwischen den Generationen zu fördern.

Zusätzlich ist die Stärkung der Bürgerbeteiligung von zentraler Bedeutung. Mein Vorredner hat dies bereits betont: In vielen Ländern und Regionen ist das Vertrauen der Bürger in demokratische Institutionen gefährdet. Daher sollten partizipative Formate geschaffen werden, die es den Bürgern ermöglichen, aktiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und die Stimmen aller Bevölkerungsgruppen zu integrieren.

Schließlich ist es für eine gerechte Gesellschaft unerlässlich, klare politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese sollten generationen- und geschlechterübergreifende Gerechtigkeit fördern. Dies umfasst die Entwicklung von Strategien, die nicht nur die Bedürfnisse der jungen Generationen also der aktuell Erwerbstätigen, im Blick haben, sondern die auch die älteren Menschen und jene, die in verlassenen Regionen leben, berücksichtigen.

Explizit zu nennen sind auch die spezifischen Bedürfnisse der Frauen, die nach wie vor die Hauptlast der Familienarbeit tragen. Politische Maßnahmen sollten die Solidarität zwischen den Altersgruppen stärken und Ungleichheiten, insbesondere geschlechtsspezifische Ungleichheiten, reduzieren. Dadurch würde sichergestellt, dass jeder Bürger unabhängig von Alter, Geschlecht oder Lebensumfeld aktiv in der Gesellschaft teilnehmen kann.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Frau Prof. Engelhardt-Wölfler, für Ihre Ausführungen. – Ich darf als Nächsten Herrn Prof. Dr. Bernhard Köppen, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, um seine Ausführungen bitten.

**SV Prof. Dr. Bernhard Köppen (Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD)):** Vielen Dank. – Ich spreche als Professor für Humangeographie aus Koblenz und nicht für die Deutsche Gesellschaft für Demographie. Das sind also meine Aussagen und nicht die der Gesellschaft.

Es wurden von den Vorrednern schon viele – vielleicht alle – wichtigen Punkte angesprochen. Ich möchte aber ein paar grundsätzliche Aussagen treffen.

Wenn man den Diskurs zum demografischen Wandel betrachtet, dann kommt man manchmal an die Stelle, wo man feststellt, ich habe eventuell ein Problem demografisiert, für das die Bevölkerungsstruktur – um es einmal so auszudrücken – nichts kann. Um ein Beispiel zu geben: Wenn ich nach Oberfranken oder vielleicht in manche Teile des Bayerischen Waldes schaue und feststelle, man hat dort

Abwanderungstendenzen, die jungen Leute, die noch da sind, bleiben dort nicht, dann kann man die Frage stellen, ob das der demografische Wandel ist. Oder muss man vielleicht feststellen, dass es an strukturellen Schwächen liegt, die es dort schon lange vor dem demografischen Wandel gibt? Wenn ich einmal etwas platt formuliere: Das war vielleicht noch nie die Region, in der Milch und Honig fließen. Große Zuwanderungsströme hatten wir im hohen Mittelalter während der mittelalterlichen Abnahme. Das sind so Dinge, die man nicht aus den Augen verlieren darf.

Des Weiteren dürfen wir nicht in die Annahme verfallen, es gäbe eine Idealbevölkerung. Es gibt günstige demografische Strukturen – aber immer aus einer Perspektive heraus. Für eine Wirtschaft oder für den Arbeitsmarkt ist es natürlich gut, wenn die Altersjahrgänge der 15- bis 67-Jährigen gut und stark bestückt sind. Die anderen Jahrgänge sind – so sage ich es einmal – Kostenfaktoren, weil sie nämlich Pensionen oder Renten beziehen; man muss aber auch in die Jüngeren investieren. Das ist im Übrigen nicht negativ, aber ich meine, man muss das mitdenken.

Die Bevölkerungsstruktur wandelt sich grundsätzlich, und es gibt Phasen, in denen es zum Beispiel durch das Zusammenspiel von Migration und Geburten- und Sterberaten etwas günstiger sein kann, sodass wir eben eher diese aktive Bevölkerung haben. Der Wandel findet aber grundsätzlich statt. Das ändert sich.

Das heißt aber auch: Es ist quasi unmöglich, eine als gut erachtete Studie langfristig stabil zu halten. Oder aber sagen wir es so: Es wurde in anderen Staaten der Erde in der Geschichte der Menschheit schon öfter versucht; die Folgen sind in der Regel schlecht gewesen. Es ist misslungen. Darüber hinaus kann man sich diese Maßnahmen in einer Demokratie auch gar nicht vorstellen. Das ist über das Grundgesetz gar nicht abbildbar, wenn man vielleicht sagen würde, man greift ins Leben der Menschen so ein, dass man ihnen sagt – auch da möchte ich mich drastisch ausdrücken –, wegen des demografischen Wandels musst du jetzt drei Kinder gebären. Oder umgekehrt: Wenn du älter als so und so viele Jahre bist, dann brauchen wir dich nicht mehr. – Also, das ist nicht denkbar. Von daher sollten wir uns davon verabschieden und auch nicht glauben, dass wir durch mehr oder weniger restriktive Maßnahmen eine ideale Bevölkerung herstellen können.

Ich komme da zu meiner Grundaussage: Wir können den demografischen Wandel, wenn wir Lust haben, selbstverständlich strecken, indem man vielleicht über Migration nachdenkt; das ist auch nicht schlimm. Wir müssen ihn aber grundsätzlich annehmen. Die Gesellschaft wird vor allem älter. So ist das.

Das heißt aber auch nicht, die Hände in den Schoß zu legen, sondern man muss sich Gedanken machen, wie man mit dieser Struktur umgeht. Ein ganz wichtiger Punkt sind – auch das wurde schon erwähnt – Effizienzsteigerungen; nicht nur schauen, ob ich mir wo anders etwas holen kann. Das gilt im Übrigen auch bei Migration.

Da schielen wir dann auf Staaten in Mittel- und Osteuropa, die gerade einmal so viele Einwohner wie Bayern haben, und dann möchten wir von denen bitte noch qualifizierte Zuwanderung haben. Man kann das schon machen. Ist das aber in Bezug auf die europäische Perspektive überhaupt solidarisch, dort einen Brain-drain zu unseren Gunsten zu forcieren? Diese Frage kann man sich ja stellen, aber das wären, wie gesagt, politische Entscheidungen.

Natürlich spricht nichts dagegen, in solche Richtungen zu denken und auch zu agieren; man sollte aber genauer und kritischer hinschauen, was wir noch an ungenutzten Potenzialen haben.

Da können vielleicht auch unangenehme Entscheidungen und Überlegungen eine Rolle spielen, wie etwa zu sagen, dass vielleicht nicht jede Berufsgruppe tatsächlich zur gleichen Zeit in Rente geht. Das wären solche Dinge.

Man könnte sich vielleicht auch einmal grundlegende Dinge überlegen: Ist unser Bildungssystem so, dass wir aus jungen Menschen das herausholen, was herauszuholen ist? Die PISA-Topstaaten wie Estland und Finnland haben ein Gesamtschulsystem, Bayern hat keines. Andererseits könnte man sagen, Singapur hat die besten PISA-Werte; da ist es aber halt so, dass die Kinder bloß auf die Schule gehen.

Man könnte solche Dinge einmal ansprechen und vielleicht darüber nachdenken, ob man da den großen Wurf machen kann. Bildung und Weiterbildung sind also ein ganz, ganz wichtiger Aspekt.

Des Weiteren ist das Gesundheitswesen wichtig. Auch da ist es so, dass wir relativ viel Geld ausgeben, es aber nicht so wahnsinnig erfolgreich ist. Wenn ich mir die Mobilitäts- und Sterberaten ansehe, dann sind die im Vergleich zu anderen Staaten überhaupt nicht schlecht, aber da geht noch was. Dann geht es natürlich auch um die Frage des Umgangs mit älteren Bürgerinnen und Bürgern, um die Frage der Pflege. Auch da nur zur Illustration: Wenn wir an Elternzeit denken, denken wir schon wieder demografisch normativ und möchten mehr Kinder haben. Wir brauchen die Elternzeit für unsere Eltern. Pflege findet in der Familie statt.

Das sind Dinge, die anzugehen, ganz wichtig ist. Sie sind vielleicht wichtiger, als sich darüber Gedanken zu machen, wo wir im Nachfolgeprogramm von Horizon 2020 hier und da ein paar Gelder für eine Kampagne wie "Geh ins Ehrenamt!" oder so etwas herumschieben; das spielt auch eine Rolle. Man muss aber tatsächlich darauf schauen, wo es vielleicht weh tut und was ganz zentrale wichtige Punkte sind, wie man den demografischen Wandel abmildern kann.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Herr Köppen. – Ich würde gleich an das Statistische Bundesamt weitergeben. Frau Loichinger, Sie haben bestimmt noch Zahlen und Fakten, die das alles unterlegen.

**Sve Dr. Elke Loichinger (Statistisches Bundesamt):** Vielen Dank für das Wort. – In der Tat habe ich mich darauf fokussiert, noch ein paar Zahlen zu liefern und Deutschland ein wenig in den europäischen Kontext einzubetten. Ich treffe auch Aussagen, wo man sich wahrscheinlich gleich fragen wird, warum das so ist. Ich führe das jetzt absichtlich nicht weiter aus, weil es ja ein kurzes Statement sein soll. Wir können darauf aber gerne in der Diskussion eingehen.

Sie haben die Aussagen, die ich jetzt machen werde (siehe Anlage 4): Alle Länder der EU altern. Deutschland ist da nicht allein. Deutschland hat aber die Situation, dass, wie schon beschrieben, der Übergang der Babyboomer vom Erwerbsleben in den Ruhestand die Entwicklung der kommenden Jahre prägen wird – bzw. wir da schon drinstecken.

Um das an Zahlen festzumachen: Im Jahr 2024 war jede fünfte Person, also 20 % der Bevölkerung, 67 Jahre oder älter. Im Jahr 2025 wird es bereits jede vierte Person sein, also 25 %. Das ist genau diese Verschiebung in der Altersstruktur, die gerade stattfindet.

Zeitversetzt steigt ab Mitte der Dreißigerjahre auch der Pflegebedarf. Da haben wir jetzt gerade einen Anstieg von Personen mit Pflegebedarf hinter uns; die nächsten Jahre ist da, was den Anstieg angeht, Ruhe. Dann wird es aber weiter ansteigen.

Zweiter Punkt. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter – hier definiert als Menschen zwischen 20 und 66 Jahren – wird in allen Varianten der 16. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2070 sinken. Das sind die Vorausberechnungen, die wir am Statistischen Bundesamt durchführen. Es gibt 27 Varianten und Kombinationen mit verschiedenen Geburtenraten, hoher Zuwanderung, niedriger Zuwanderung. In allen Varianten ist aber ein Sinken der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abzusehen.

In der großen Mehrzahl der EU-Länder wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ebenfalls zurückgehen. Das sind Aussagen, die auf Vorausberechnungen von Eurostat basieren.

Jetzt gehe ich die Faktoren durch, die die Demografie beeinflussen. Fangen wir mit der Geburtenrate an. Deutschland liegt mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von durchschnittlich 1,35 Kindern pro Frau – der Wert für 2024 – im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Das war nicht immer so. Es gab auch Jahre, wo wir eher im unteren Drittel waren. Mittlerweile ist aber auch in vielen anderen Ländern die Geburtenrate sehr gesunken. So sind wir in das Mittelfeld gerutscht bzw. bei uns ist die Geburtenrate nicht so weit gesunken wie in manchen anderen Ländern.

Die weitere Entwicklung der europaweiten Geburtenrate ist sehr schwer abzuschätzen. Es gibt gute Theorien, wie man von Kontexten mit wirklichen hohen Fertilitätsraten – im Schnitt fünf, sechs Kinder pro Frau – zu Rückgängen kommt. Das hat viel mit dem Entwicklungsstand zu tun.

Wenn wir aber, wie gerade jetzt, in einer Situation mit niedrigen Fertilitätsraten sind, ist das noch einmal eine ganz andere Geschichte. Ich spreche gerne über die Faktoren, die hier gerade alle zum Tragen kommen.

Die zweite Komponente in der Demografie ist die Lebenserwartung. Hier nimmt Deutschland im internationalen Vergleich, jetzt bezogen auf die EU, keine Spitzenstellung ein. EU-weit liegen Männer mit einer Lebenserwartung bei Geburt von 78,9 Jahren an 17. Stelle, Frauen mit 83,5 Jahren an 16. Stelle. Wenn ich hier von der EU rede, dann meine ich die EU 27. Das möchte ich dazusagen.

Wenn man die Entwicklung von Geburten und Sterbefällen ins Verhältnis setzt, kann man etwas darüber aussagen, ob die Bevölkerung in der Mehrheit wächst, weil mehr Personen sterben als geboren werden, oder andersherum. Deutschland hat seit 1972 ein dauerhaftes Geburtendefizit. Mittlerweile sterben aber – mit wenigen Ausnahmen – auch in allen EU-Ländern jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden.

Jetzt kommt die dritte Komponente hinein, die Zuwanderung. Unterm Strich heißt das: Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung in Deutschland seit Anfang der Siebzigerjahre gesunken und vor allem, was man nicht im Blick hat, auch sehr viel stärker gealtert. Ein positiver Wanderungssaldo hat das Geburtendefizit seitdem bis auf wenige Jahre mehr als ausgeglichen und die Bevölkerung verjüngt.

Auch EU-weit würde die Bevölkerung ohne Zuwanderung aus Drittstaaten aufgrund des Geburtendefizits seit mehreren Jahren sinken. Wanderungen zwischen den EU-Ländern sind, wenn man die EU betrachtet, natürlich ein Nullsummenspiel, deswegen hier die Betonung der Drittstaaten.

Noch ein Fakt für Deutschland: 2024 hatten wir einen negativen Wanderungssaldo mit anderen EU-Ländern. Das war in der Vergangenheit auch schon einmal der

Fall, jetzt aber länger nicht mehr. Da spielt sehr hinein, dass die Bevölkerung auch in den Hauptherkunftsländern – in den osteuropäischen Herkunftsländern – altert.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Frau Loichinger, für Ihre Ausführungen. – Jetzt haben wir ein bisschen einen Überblick. Ich persönlich wusste nicht, dass wir schon seit 1972 schrumpfen; mit der Zahl habe ich mich anscheinend nicht befasst.

Ich würde jetzt weiter nach Brüssel geben. Herr Giles Merritt, take the floor, wir haben hier eine Simultandolmetschung.

**SV Giles Merritt (Egmont-Institute Brüssel):** Vielen Dank. – Ich werde mein Statement sehr, sehr kurz halten, ich bin kein Akademiker, ich bin ein Journalist. Meine Aufgabe als Journalist ist es, die Alarmglocken läuten zu lassen. Darum habe ich dieses Buch "Timebomb: When Ageing Explodes" (deutsch: "Zeitbombe") geschrieben.

In diesem Buch geht es um den Altersprozess in der EU. Es geht um die jungen, nicht so sehr um die alten Leute.

Lassen Sie mich Folgendes sagen: Bei allem, was ich gehört habe und was sehr interessant war, habe ich mir die Frage gestellt: Wo ist hier die Dringlichkeit? Überalterung ist ein Tsunami. Man hat ihn nicht im Blick, bevor er einen trifft, aber wenn er einen trifft, dann wird das dazu führen, dass unsere Sozialstrukturen zusammenbrechen. Wir müssen wirklich damit beginnen, uns anzusehen, wie wir Veränderungen herbeiführen können, wie wir Strukturen verändern können und wie wir die Menschen behandeln. Wir müssen das auf eine sehr radikale Art und Weise tun.

Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen: Während der meisten Nachkriegsjahre seit 1945 war es so, dass es in Europa für jeden Pensionisten vier Arbeitende oder Angestellte gab. Ein paar Jahrzehnte später ist diese Zahl auf zwei gesunken. Wir können uns Pensionen nicht mehr leisten. Wir können uns den Wohnungsbau nicht mehr leisten. Es gibt viele andere Dinge, die wir uns nicht mehr leisten können: Altenpflege, Gesundheitsversorgung.

Wir Europäer sind ein sehr konservatives Volk. Wir sehen uns aber folgenden Phänomenen gegenüber: sozialen und ökonomischen Problemen, aber selbstverständlich auch dem Zusammenbruch der Europäischen Union.

Warum sage ich Ihnen das? – Die Länder, die vom Alterungsprozess und vom Schrumpfen der Bevölkerung am meisten betroffen sind, sind die neuen, die jungen Mitgliedstaaten. Sie werden die EU verlassen.

Ich möchte Ihnen gerne Folgendes zur Kenntnis bringen; Sie kennen die Details wohl sehr gut: Wo ist der Plan? Ich vermisse den Plan. Wir brauchen keinen bayerischen Plan. Wir brauchen keinen spezifisch deutschen Plan. Wir brauchen einen Plan auf gesamteuropäischer Ebene. Wir brauchen einen politischen Fokus, der den Politikern ganz genau zeigt, wie verdammt ernst das demografische Problem gerade wird. Der Umstand, dass man bis jetzt noch nicht sehen kann, macht dieses Problem noch tödlicher.

Ich arbeite schon seit 40 Jahren als Journalist in Brüssel. Ich habe schon lange den Umstand beklagt, dass die Europäische Union – insbesondere die Europäische Kommission – blind ist, was die Probleme der Überalterung betrifft. Die öffentliche Meinung wird darauf nicht genügend konzentriert.

Ich möchte die bayerischen Politiker jetzt gerne darum bitten, Druck auf Brüssel auszuüben. Wir brauchen eine gesamteuropäische Strategie, denn die Tiefe unserer Gesellschaft steht auf dem Spiel. Das löst einen Tsunami aus, ein Erdbeben, ein Seebeben.

Was löst jetzt einen demografischen Tsunami aus? – Sie wissen das alle sehr gut. Die meisten Menschen im öffentlichen Leben wissen das nicht.

Mein Plädoyer wäre: Schaffen wir einen Plan! Wir brauchen einen Plan! Wir brauchen einen Plan auf gesamteuropäischer Ebene mit einer nationalen und natürlich auch einer regionalen Komponente, aber wir brauchen einen Plan.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Herr Merritt, für Ihre Ausführungen. Dieser Aufruf zu einem europäischen Plan und zur Handlungsfähigkeit unserer Politiker ist natürlich schon eine wichtige Forderung, die wir hier von Bayern aus mittragen können. Allerdings habe ich zehn Jahre Erfahrung im Europäischen Parlament. Ich weiß, wenn im Sozialausschuss über solche Themen diskutiert wurde und wir auch Papiere verfasst hatten, dass diese dann aufgrund von unterschiedlichen Kompetenzen meistens irgendwo in einer Schublade endeten. Ich glaube, das ist ein riesengroßer Ansatz. Europa kann viel schreiben, wir haben dann aber gerade im sozialen Bereich die nationale Kompetenz. Die Nationalstaaten sind nicht bereit, tatsächlich etwas abzugeben. – Entschuldigung, ich bin hier zum Moderieren. Ich muss jetzt sofort an den nächsten Referenten weitergeben. Ich erteile jetzt Herrn Dr. Harald Michel vom Institut für Angewandte Demografie in Berlin das Wort. Bitte schön.

**Dr. Harald Michel (Institut für Angewandte Demografie):** Dankeschön. – Ich kann mich da eigentlich gerne auf meinen Vorredner beziehen.

Es ist ja nicht so, dass die Europäische Gemeinschaft dieses Problem nicht zur Kenntnis genommen hätte. Es gab im Jahr 2012 ein Weißbuch zur Demografie in der Europäischen Union, in dem die Probleme schon benannt wurden. Das ist eigentlich die Geschichte, die sich mit diesem demografischen Wandel abzeichnet; er ist ja nichts Überraschendes. Der demografische Wandel ist ein Trend, der in der Geschichte mindestens schon 100 Jahre beobachtbar ist. Dem hinkt die Wahrnehmung in der Politik hinterher.

Ich habe in meinem nicht mehr jungen Leben selber mehrere solcher Wellen miterlebt, in denen es eine extensive Betrachtung von Demografie gab. Das war so in den Zweitausenderjahren. Dann verebbte das Interesse wieder und jetzt plötzlich, was ja nur zu begrüßen ist, steigt es wieder.

Ich würde deshalb gerne noch einmal einen allgemeinen Blick auf diese Entwicklung werfen und daraus vielleicht folgern, was man besser als in den letzten Jahren machen kann.

Der Kernbefund ist klar: Es geht um einen Prozess des Wandels der Strukturen; er ist im Wesentlichen durch den Geburtenrückgang ausgelöst. Das ist übrigens nicht überraschend. Dieser Prozess hat in Europa vor über 100 Jahren eingesetzt. Er ist, seitdem wir – zum Beispiel für Deutschland – Zahlen besitzen, wissenschaftlich beobachtbar. Der Geburtenrückgang ist also das Kernproblem. Dieser führt dann zu einer fortschreitenden Alterung aller Bevölkerungen Europas und im Übrigen auch in mittlerweile fast allen Ländern der Erde.

Alle anderen Folgen sind dann daraus abgeleitet: die fortschreitende Alterung, das höhere Durchschnittsalter, die sinkenden Quotienten der Jugendbeteiligung usw. usf. Alle diese Probleme leiten sich aus diesem Kernproblem ab.

Was ist nun schwierig daran, dieses Problem zu händeln? Auch das ist wieder trivial. So eine Situation hat es in der Weltgeschichte der Demografie noch nie gegeben. Es hat noch nie eine langanhaltende Schrumpfung der Bevölkerung gegeben, das heißt: Wir haben keine Erfahrung. Wir können nicht auf historische Prozesse zurückblicken und uns Ratschläge holen. Deshalb sind diese Veränderungen schwierig; es gibt keine Rezepte für den Umgang mit diesem Problem.

Leider können wir auch nicht in andere Regionen schauen. Außerhalb Europas ist dieser Prozess im Wesentlichen noch in Japan zu beobachten, seit kürzerer Zeit vor allen Dingen auch in Südkorea. Es scheint auch ein Phänomen zu sein, dass, um so später diese Prozesse einsetzen, sie umso heftiger ablaufen. Südkorea hat alle anderen Länder überholt; das ist jetzt das Land mit der fortgeschrittensten Alterung.

Innerhalb von einer Generation hat sich der Prozess vollzogen, für den wir in Europa mehrere Generationen Zeit hatten. Dieser Prozess ist also – auch das ist heute schon gesagt worden – langfristig und wird kaum beeinflussbar sein. Man sollte sich von Fluktuationen zum Beispiel in der Fruchtbarkeit nicht täuschen lassen; diese haben kaum einen Einfluss auf den Gesamtprozess und werden an ihm kaum etwas ändern können. Selbst wenn es positive Veränderungen gäbe, wären sie durch die demografische Trägheit (Momentum) kaum in ihren Wirkungen merkbar.

Das heißt also, wir müssen mit diesen Prozessen umgehen. Wir müssen Anpassungsprozesse an diesen demografischen Wandel mit seinem Kern, der Alterung der Gesellschaft, organisieren. Da gibt es in meinen Augen eine ganze Palette von allgemeinen Forderungen, die man erheben kann.

Ich möchte vorher aber noch auf ein zweites Problem verweisen, was mir wichtig erscheint. Das ist der Fakt, dass diese Veränderungsprozesse – das ist uns aufgefallen; ich habe an diesem Weißbuch der Demografie in der Europäischen Union nämlich mitgearbeitet – in den anderen Ländern nicht einheitlich, sozusagen durchschnittlich verlaufen, sondern: Sie sind hochgradig polarisiert, regional extrem unterschiedlich. Es gibt in Europa Regionen, die von diesem Wandel überhaupt nichts oder kaum etwas merken, und es gibt Regionen, wo der Prozess schon 30, 40 Jahre vorangeschritten ist. In Deutschland haben wir im Wesentlichen diese Polarisierung zwischen Ost- und Westdeutschland. Das gilt aber für alle anderen europäischen Länder ganz genauso.

Diese regionale Unterschiedlichkeit macht das Handling also noch sehr viel schwieriger. Es zeigt aber auch, dass es aus dieser Unterschiedlichkeit heraus Interessensgegensätze geben kann und muss. Das heißt auch, dass es keine einheitlichen Rezepte zur Behandlung dieser Probleme geben kann; sie müssen angepasst sein.

Ich möchte deshalb kurz auf solch eine Handlungsmaxime verweisen, die im Einzelnen natürlich noch präzisiert werden muss. Das heißt also: Wir brauchen zunächst flexible und regionale Anpassungsstrategien an diese Prozesse. Große Programme wie vielleicht europäische Programme oder selbst Länderprogramme helfen uns nicht; dazu sind diese Prozesse in ihren Ausprägungen viel zu unterschiedlich. Einheitliche Standards sind deshalb zu hinterfragen und eigentlich regionale Differenzierungen in den Fokus zu rücken.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist – das haben wir bei unserer Untersuchung in Europa leidvoll erfahren – die Datengrundlage; sie ist trotz der guten Arbeit der statistischen Ämter nach wie vor sehr dürftig, insbesondere was regionale Prozes-

se betrifft. Kleinteilige Daten für Benchmarking sind in Europa kaum vergleichbar erhebbar. Das macht es sehr schwierig, Aussagen zu treffen.

Ein letzter Punkt ist eine Empfehlung an die Politik: Diese Anpassungsprozesse müssen in einer Form von ganzheitlicher Betrachtung erfolgen und in ihrer Wirkung als Querschnittsaufgaben in der Politik gesehen werden. Um es einfach zu sagen: Die Demografie oder der demografische Wandel sind nicht alles, aber in der Politik ist ohne die Betrachtung der demografischen Prozesse alles nichts.

Das wäre es in Kürze; ich habe für die Veranstaltung ja ein längeres Papier abgegeben (siehe Anlage 1).

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Herr Michel, für diese Ausführungen. – Ich würde dann gleich an Dr. Markus Schmitz weitergeben, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit. Bitte, Herr Schmitz, ich bitte Sie um Ihre Ausführungen.

**SV Dr. Markus Schmitz (Bundesagentur für Arbeit Bayern):** Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. – Ich hoffe, man kann die Unterlagen sehen, die ich eingebündelt habe (siehe Anlage 3).

Ich würde gerne um einen kurzen Blick aus Sicht des bayerischen Arbeitsmarktes ergänzen. Ich denke, dass wird einige der Punkte, die Bertram Brossardt eingangs dargestellt hat, noch einmal sozusagen aus Arbeitsmarktsicht unterlegen. Sie sehen jetzt drei wesentliche Aussagen.

Wir haben eben über den demografischen Effekt und die demografischen Folgen gesprochen; jetzt sehen wir sie ganz klar am bayerischen Arbeitsmarkt. Ich möchte das an drei Punkten deutlich machen.

Erster Punkt: Wir sehen hier die Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel. Wir sehen das an den Zahlen mit 340.000 arbeitslosen Menschen bei 100.000 freien Stellen. Diese Entwicklung der Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel – auf das Thema "Mismatch" werde ich gleich noch eingehen – wird uns auch während der Zeit der jetzigen demografischen Entwicklung erhalten bleiben.

Der zweite Punkt: Wir haben mit sechs Millionen gerade noch das Allzeithoch der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gefeiert. Davon werden wir uns jetzt verabschieden. Jetzt sehen wir, wie sozusagen der Kipppunkt erreicht worden ist und wir beschäftigungsseitig langsam schrumpfen; darauf komme ich auch gleich zu sprechen.

Ein dritter Punkt, der mir ganz wichtig ist, ist das Thema der regionalen Disparitäten. Da muss man sagen, dass Bayern arbeitsmarktlich sehr, sehr stark von der jahrzehntelangen Wirtschafts- und Strukturförderung profitiert. Wie kaum ein anderes Bundesland haben wir eine sehr geringe Unterschiedlichkeit zwischen den Regierungsbezirken. Früher war Oberfranken die Kältekammer des bayerischen Arbeitsmarkts; das ist heute nicht mehr der Fall. Das gilt es nach meinem und unserem Dafürhalten zu bewahren. Herr Brossardt hat es angesprochen: Hightech- und Technologietransferförderung werden wichtig sein, um diese Disparitäten weiterhin sozusagen ausgewogen zu halten.

Was heißt das jetzt? Das ist ein bisschen der Blick zurück, aber wir können das nach vorne schieben: Ich glaube, es unglaublich wichtig zu sehen, dass wir heute im Unterschied zu früheren Jahrzehnten kein Überangebot, sondern eher ein Pas-

sungsproblem haben. Wir gehen davon aus, dass sich das in den nächsten Jahren und Jahrzehnten fortschreiben wird.

In der Ära Schröder gab es 2005 auf 13 arbeitslose Menschen 1 offene Stelle; heute, im Jahr 2025, ist es 3 : 1. Wir sehen also, dass wir sozusagen eine neue Relation von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen haben. Wir haben kein Überangebot, sondern eher ein Passungsproblem. Ich möchte Ihnen das ganz kurz an dem nächsten Schaubild erläutern (Folie 4); das wird uns auch erhalten bleiben, auch was unsere Prognosen anbelangt: Wir haben viel zu viele Helfer, gerade auch unter den arbeitslosen Menschen. Die Industrie, die Wirtschaft – das wundert Sie nicht – suchen Fachkräfte. Die Relationen sind: auf 1 Fachkräftestelle – 1,8 arbeitslose Fachkräfte; auf 1 Helferstelle – 9 Arbeitslose. Dieses Thema wird uns nach den Prognosen unseres Instituts für Arbeitsmarktforschung auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben.

Das heißt: Wir haben nicht nur die quantitative Herausforderung, dass wir zu wenige sind, sondern wir haben beim Thema "Ausbildungsqualifikationsniveau" auch einen ganz, ganz klaren Imperativ mit Blick auf die kommenden Jahre.

Jetzt zeige ich Ihnen einmal ganz kurz, dass man sieht, dass der jahrelange Aufschwung der Beschäftigung jetzt einen Haltepunkt erreicht (Folie 5). Wir werden 2025 das letzte Jahr mit einem Wachstum der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Der Kipppunkt ist jetzt erreicht. Der einzige Grund, warum wir überhaupt noch wachsen oder in den letzten Jahren gewachsen sind, war der Nettosaldo der Zuwanderung gerade aus Drittstaaten. Die EU-Binnenwanderung ist schon zum Erliegen gekommen.

Das zeigt noch einmal ganz deutlich – ich würde das mit Blick auf die Zeit auf der nächsten Seite deutlich machen (Folie 6) –, dass wir eine Doppelstrategie brauchen: Wir müssen auf der einen Seite schauen – meine Vorredner haben das zum Teil schon ausgeführt –, wie wir es schaffen, das inländische Potenzial, das wir heute schon sehen, wirklich gut zu erschließen. Es geht um das Thema "Ausbildungsbereitschaft hochhalten" und die jungen Menschen auch wirklich erfolgreich in die Ausbildung zu bringen. Es wird um das Thema "Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitssuchenden und Beschäftigten" gehen.

Und es wird auch ganz klar – auch das ist schon verschiedentlich angesprochen worden –, um das Thema gehen, die Erwerbsquote von Älteren und die Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen sowie darum, die Themen "Quereinstieg" und "Vollzeit" weiter in den Blick zu bekommen.

Das heißt, wir müssen schauen, dass wir aus dem inländischen Potenzial all die Möglichkeiten an Potenzialen, die wir haben, herausbekommen; das wird eine sehr, sehr harte Arbeit, weil das keine tiefhängenden Weintrauben sind, die uns da in den Mund wachsen.

Ich will auch gleich die rechte Seite hereinnehmen. "Wir brauchen eine Doppelstrategie" heißt: Wir müssen zusätzlich schauen, dass wir sehr gezielt ausländisches Potenzial erschließen; darauf will ich gleich noch einmal kurz zu sprechen kommen.

Bleiben wir beim inländischen Potenzial. Unser Institut für Arbeitsmarktforschung macht mit Partnerinstituten eine Jahresvorausberechnung von Qualifikatoren der Zukunft mit allen Unwägbarkeiten (Folie 7). Wir sehen da – das geht bis ins Jahr 2040; es fällt mir manchmal auch schwer, sich das gedanklich vorzustellen –, wir werden auch mit Blick nach vorne ein zu hohes Angebot an Menschen im Helferbereich haben; wir haben aber sozusagen ein zu geringes Angebot an Menschen,

die im Fachkräftebereich sind. Das heißt, dieses Thema "Mismatch" wird auch bei einem sich verknappendem Arbeitskräfteangebot einer der arbeitsmarktpolitischen Imperative der nächsten Jahre und Jahrzehnte bleiben.

Das heißt also, es ist kein Windfalleffekt; die Probleme lösen sich nicht von alleine. Wir werden, gemäß dem was wir und unsere Forschungsinstitute wissen, auch als bayerische Volkswirtschaft weiterhin sehr intensiv in die Themen "Ausbildung", "Weiterbildung" und "Quereinstieg" investieren müssen, damit wir die Potenziale erschließen, derer es letztlich bedarf.

Ich würde noch einmal kurz auf das Thema der ausländischen Potenziale schauen, weil wir der Meinung sind, dass es nicht ausreichen wird, nur das inländische Potenzial zu aktivieren; das war immer schon richtig. Wir werden aber systematisch – so sage ich es einmal – die Chancen aus der Erwerbsmigration nutzen müssen.

Das Thema "Fluchtmigration" ist wichtig und wird von uns auch systematisch angegangen. Darauf lässt sich aber keine Fachkräftestrategie fußen, weil das letztlich Entwicklungen sind, die nicht immer in unserem eigenen Einfluss liegen. Wir müssen schauen, dass wir gerade eine gezielte gesteuerte Erwerbsmigration aus Drittstaaten skaliert bekommen, damit wir den demografischen Effekt, der ja gerade beschrieben worden ist, kompensieren. Ansonsten werden wir sehr, sehr deutlich schrumpfen.

Um Ihnen das einmal zu veranschaulichen, habe ich Ihnen auf der nächsten Seite eine Ansicht mitgebracht (Folie 9). Noch einmal ganz kurz: Hier sieht man, wie stark der Anteil der ausländischen Beschäftigung an der Beschäftigung in Bayern ist. Das ist eigentlich auch der Wachstumsmotor der letzten Jahre gewesen.

Wenn man einmal sieht, wie sich die Veränderungsrate entwickelt hat, dann sieht man auf der nächsten Seite, Folie 10, was gerade von den Expertinnen und Experten vor mir beschrieben worden ist: Der Beschäftigungssaldo der vergangenen Jahre hat sehr stark auf den europäischen Ausländerinnen und Ausländern basiert; das ist jetzt Vergangenheit. Wir sehen seit 2024/2025: Die inländische Beschäftigung schrumpft. Die europäische Beschäftigung schrumpft auch, weil die Menschen zum Teil wieder zurückwandern und nicht mehr zu uns kommen. Wenn wir noch ein Beschäftigungswachstum haben und sozusagen die Balance halten wollen, dann brauchen wir auch eine strukturierte Zuwanderung aus Drittstaaten oder das Halten von Menschen aus Drittstaaten, die hier arbeitsmarktlich integriert sind. Dieses Halten wird also ein Thema sein. Wenn wir uns dieses Themenfeld nicht erschließen, dann können wir fast vorausberechnen, wie sich die Beschäftigung weiterhin sozusagen Schritt für Schritt negativ entwickeln wird. Es kann sein, dass wir im Jahr 2026, nachdem wir im Jahr 2025 noch ein leichtes Wachstum hatten, in Bayern das erste Mal eine schrumpfende Beschäftigung haben.

Insofern sage ich, wir brauchen beides: Wir müssen schauen, dass wir die inländischen Potenziale – die Themen "Frauenerwerbsbeteiligung", "Ältere" und auch "Vollzeit und Teilzeit" – systematisch erschließen. Das werden wichtige Themen sein und bleiben.

Wir werden gleichzeitig das Thema "Mismatch", also Qualifikation und Ausbildung, weiter im Blick behalten müssen. Wir brauchen nach unserem Dafürhalten eine kluge Zuwanderungsstrategie, damit wir die bayerische Volkswirtschaft weiterhin für Drittstaaten attraktiv machen. – Das in aller Kürze. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Herr Schmitz für Ihre Ausführungen, die im Gesamtkontext doch sehr wichtig waren; Danke schön. – Ich würde jetzt als letzter Rednerin Frau Prof. Dr. Katharina Spieß,

der Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, das Wort erteilen. Dann kommen wir zur Fragerunde für unsere Abgeordneten. Bitte schön.

**SVe Prof. Dr. Katharina Spieß (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)):** Verehrte Frau Vorsitzende, hallo aus Wiesbaden an alle Abgeordneten und Kolleginnen und Kollegen! Last but not least und wie man immer so schön sagt: Es wurde schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem.

Ich möchte jetzt einiges von dem, was gesagt worden ist, mit einer anderen Perspektive konnotieren.

Europa altert. Das Durchschnittsalter der Europäer liegt inzwischen bei 45 Jahren. Interessant ist aber, dass das Durchschnittsalter in den letzten zehn Jahren in zwei Ländern tatsächlich sogar gesunken ist, während es in allen anderen Ländern weiter angestiegen ist. In Deutschland und in Malta haben wir in den letzten zehn Jahren keinen Anstieg des Durchschnittsalters erlebt. Das ist ganz bemerkenswert und weist darauf hin, was viele schon gesagt haben: Durch Migration, durch Flucht ist unsere Bevölkerung tatsächlich relativ jung geblieben und hat den demografischen Wandel nach hinten verschoben.

Nichtsdestoweniger hat Deutschland diese große Herausforderung, wie wir mit dem Übergang insbesondere der Babyboomer in den Ruhestand umgehen. Wir sind damit mehr als alle anderen europäischen Staaten konfrontiert. Deshalb möchte auch ich mich damit befassen, was es bedeutet, dass wir ein Zurückgehen des Erwerbspersonenpotenzials haben. Ich möchte dabei den Blick nicht nur auf das quantitative Erwerbspersonenpotenzial im Sinne von Personen legen, sondern ich möchte auf das gesamtwirtschaftliche Erwerbsvolumen eingehen, sprich: Wie viel arbeiten die Erwerbstätigen tatsächlich?

Das gesamtwirtschaftliche Erwerbsvolumen in Deutschland ist in den letzten Jahren keinesfalls so stark gestiegen wie die Zahl der Erwerbstätigen. Das hängt damit zusammen, dass ein Großteil der Erwerbstätigen Teilzeit arbeitet.

Wir haben bei uns am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) unterschiedliche Szenarien entwickelt, um zu zeigen, wie Veränderungen im Erwerbsvolumen der Alterung in Deutschland genau entgegenwirken

Ein erstes Szenario ist davon ausgegangen, dass die Frauen in Westdeutschland so viel arbeiten würden wie die Frauen in Ostdeutschland. Dieses Szenario zeigt, dass der Rückgang des Erwerbsvolumens damit um 4,1 Prozentpunkte reduziert werden könnte.

Wer haben ein weiteres Szenario gerechnet: Was passiert, wenn wir eine größere Erwerbsquote von Über-55-Jährigen und Über-64-Jährigen haben? Hier stehen wir in Deutschland bisher im Mittelfeld. Länder wie Estland und Skandinavien zeigen uns, dass es noch viel Luft nach oben gibt. Wir können sehen, dass das Erwerbsvolumen dann drastisch nach oben gehen könnte. Wir haben also tatsächlich auch hier ein hohes Potenzial, um dem Erwerbstätigenrückgang entgegenzuwirken.

Wie können wir diese Potenziale, die uns allen bekannt sind, jetzt aber tatsächlich nutzen? Wir haben gerade schon die Frauenerwerbstätigkeit angeschnitten. Ich möchte hier insbesondere auf die Müttererwerbstätigkeit eingehen.

Vielfach wird gesagt, dass Mütter teilzeiterwerbstätig sein sollten, weil sie noch Care-Aufgaben übernehmen. Bei uns am BiB haben wir eine Studie – sie heißt FReDA –, in der wir die Gesamtbevölkerung fragen: Was denken Sie? Wie viel

sollten Mütter mit Kindern zum Beispiel im Alter von acht Jahren arbeiten? – Die Antwort ist im Mittel: 30 Stunden. – Tatsächlich arbeiten Mütter allerdings sehr viel weniger. Auch in Bayern ist die Teilzeitquote von Frauen mit fast 50 % relativ hoch. Im EU-Durchschnitt sind es 28 %.

Wie können wir die Teilzeitquote von Frauen reduzieren? Grundsätzlich wissen wir, dass Frauen ihr Erwerbsvolumen ausdehnen wollen und es teilweise nicht können, weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten haben. Auch das wurde schon angeschnitten.

Wir haben uns Daten des Deutschen Jugendinstituts – speziell auch für Bayern – angeschaut. Welche Gruppen sagen, sie wollen einen Kita-Platz und erwerbstätig sein, finden aber keinen Kita-Platz? – Wir können feststellen, dass es in Bayern, wenn wir uns die Gruppe derjenigen anschauen, die Kinder im Alter von ein bis drei Jahren haben, 17 % sind. 17 % sagen also: Wir wollen eigentlich einen Kita-Platz, wollen in den Arbeitsmarkt, kriegen aber keinen Kita-Platz.

Bemerkenswert ist, dass dieser Anteil insbesondere bei Familien, die zu Hause kein Deutsch sprechen oder armutsgefährdet sind, mit 25 % bzw. 28 % deutlich höher ist. Wir können also gerade bei diesen Familien Erwerbsvolumen ausdehnen, wenn Kita-Plätze da sind. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Wir könnten mit diesen Erwerbsvolumina auch erreichen, dass insbesondere Frauen mit Kindern im Grundschulalter ihre Teilzeiterwerbstätigkeit ausdehnen. Sie wissen, wir haben inzwischen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz. Auch hier ist noch einmal ganz wichtig: Ganztägige Angebote für Kinder im Grundschulalter – wir haben dazu Simulationen gemacht – können erheblich dazu beitragen, dass das Erwerbsvolumen von Müttern ausgedehnt wird.

Eine ganz spezifische Gruppe, wo auch bei den Erwerbsquoten noch sehr viel zu holen ist, sind Mütter mit Zuwanderungsgeschichte. Ihre Erwerbstätigenquote ist mit 56 % deutlich geringer als die Erwerbstätigenquote von Müttern ohne Zuwanderungsgeschichte, welche bei 85 % liegt. Auch hier gilt es also, zielgruppenspezifisch anzusetzen.

Die Teilzeittätigkeit ist aber nicht nur eine Sache von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern, sondern wenn wir uns anschauen, wie sich diese über die Altersgruppen verteilt, dann sehen wir, dass Frauen bis ins hohe Alter hinein teilzeiterwerbstätig sind.

Noch nicht erwähnt worden ist, dass das Steuer- und Transfersystem in Deutschland Anreize gibt, bei Teilzeit zu bleiben, Stichworte: Ehegattensplittung und Minijobs. Auch hier gibt es verzerrende Erwerbsanreize, die in einer alternden Gesellschaft verändert werden könnten und sollten.

Was auch wichtig ist: Die Pflege ist primär ein weibliches Phänomen. Vielfach wird die Teilzeittätigkeit von älteren Frauen mit Pflege begründet. Hier muss man allerdings konstatieren, dass der Anteil erwerbstätiger Pfleger mit 6 % bisher relativ gering ist; das wird zukünftig aber tatsächlich an Bedeutung gewinnen.

Zweiter wichtiger Punkt. Die Erwerbstätigkeit Älterer wurde auch schon vielfach diskutiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in Deutschland ein sehr teures Gesundheitssystem haben, aber – Elke Loichinger sagte es – bei der Lebenserwartung sehr schlecht abschneiden. Insbesondere bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen stehen wir in Deutschland nicht sehr gut da. Wir investieren primär in Krankheit, nicht in Gesundheit; das heißt, wir machen sehr wenig im präventiven Bereich und müssen in einer alternden Gesellschaft tatsächlich sehr viel mehr in die Prävention investieren, wenn wir unsere Gesundheitskosten reduzieren wollen.

Ganz wichtig für die Erwerbstätigkeit von Älteren ist auch eine Höherqualifizierung, ein lebenslanges Lernen. Das bedeutet nicht unbedingt Berufswechsel, sondern primär auch Tätigkeitswechsel.

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Anstieg in der Lebenserwartung für eine Gesellschaft auch ein höheres Potenzial bietet. Denken wir zum Beispiel daran, dass fast jedes zweite Kind unter drei Jahren von den Großeltern mitbetreut wird. Es finden also auch hier viele informelle Leistungen an die jüngere Generation statt, die man nutzen kann.

Auch Zuwanderung als dritte Komponente zur Steigerung des Erwerbsvolumens wurde bereits diskutiert. Dabei müssen wir bedenken: Migration is always a family matter. In der Regel kommen auch gezielt angeheuerte Erwerbstätige mit ihren Familien. Es gilt dabei, die Familien als Ganzes zu integrieren.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir mit den bereits hier lebenden Schutzsuchenden zum Beispiel aus der Ukraine ein Riesenpotenzial haben. Bei uns am BiB haben wir eine große Umfrage gemacht und können feststellen, dass 50 % der hier lebenden Ukrainer und Ukrainerinnen Qualifikationen haben, die wir für die deutschen Engpassberufe brauchen. Gerade in den Engpassberufen besteht also ein großes Potenzial.

Zum vierten Punkt, der Bildung, wurde auch schon sehr viel diskutiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht nur um Fort- und Weiterbildung geht; das ist wichtig. Es muss darum gehen, sehr viel früher anzusetzen. Es ist absolut wichtig, dass wir die hohe Rendite der frühkindlichen Bildung ausschöpfen. Hier ist in Bayern auch noch Luft nach oben. Die Betreuungsquoten sind in Bayern niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt. Es ist ganz, ganz wichtig, dass Kinder sehr früh frühkindliche Erfahrungen machen, um Zukunftskompetenzen wie zum Beispiel Selbstregulation und Lernen zu lernen sehr früh erfahren, weil wir wissen, dass frühkindlich sehr viel mehr und sehr viel effizienter gelernt werden kann, als wenn wir später versuchen, das zu reparieren, was uns frühkindlich nicht gelungen ist.

Die Investitionen in Bildung haben einen weiteren ganz großen Nebeneffekt. Sie fördern nämlich das Demokratieverständnis; das ist ein ganz, ganz wichtiger Faktor. Auch dazu gibt es empirische Studien.

Mein fünfter Punkt ist noch nicht erwähnt worden. Wenn wir über den demografischen Wandel sprechen, dann geht es nämlich auch um das Wohlbefinden der Bevölkerung. Wir am BiB als Bevölkerungsforschungsinstitut haben deshalb einen BiB-Monitor Wohlbefinden aufgelegt, weil es letztendlich darum geht, wie zufrieden die Bevölkerung ist. Lebenszufriedenheit ist ein extrem wichtiger Prädiktor, ob Menschen ihre Kinderwünsche, die existieren, tatsächlich umsetzen. Wohlbefinden ist ein wichtiger Indikator für Integration und ganz wichtiger Indikator, wie lange Menschen leben.

Mein Plädoyer ist also: Wenn wir über den demografischen Wandel reden, dann müssen wir uns auch sehr viel mehr mit dem Wohlbefinden und der Zufriedenheit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen befassen.

Der letzte Punkt von mir ist, dass es ganz wichtig ist – das wurde schon erwähnt –, dass wir in Europa große regionale Unterschiede haben. Auch in Bayern gibt es, selbst wenn die Arbeitslosenquote überall ähnlich ist, große regionale Differenzen, was das Altern der Bevölkerung angeht. Neun Millionen Menschen leben in Deutschland im ländlichen Raum. Das sind die eigentlichen Regionen, wo wir einen massiven Alterungsprozess haben.

Wir müssen uns klarmachen, dass es nicht die urbanen Räume sind, über die wir eigentlich sprechen, sondern dass es der ländliche Raum ist, der ganz stark dadurch gekennzeichnet ist, dass die Geburtenraten noch stärker als in den Städten zurückgehen und dort sehr viel ältere Menschen leben.

Ich möchte mit einem ganz konkreten Beispiel auf kommunaler Ebene schließen: Wenn wir uns dazu entschließen, auf kommunaler Ebene tatsächlich Mehrgenerationenzentren zu installieren, dann können wir dem demografischen Wandel auch insofern positiv begegnen und entgegenzutreten, als wir sowohl für die jüngere wie für die ältere Generation Orte der Begegnung schaffen

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Frau Spieß, für Ihre Aspekte. Ich glaube das hat das ganze Bild jetzt noch abgerundet. – Ich würde gerne in die Diskussion mit unseren Abgeordneten einsteigen. Ich würde als Erstem unserem Vizepräsidenten Markus Rinderspacher das Wort erteilen, der ja Initiator dieser Anhörung war. Bitte, Markus, du hast das Wort.

**Abg. Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständige, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst sehr herzlich bei den Sachverständigen für ihre fundierten Beiträge, differenzierten Analysen und wertvollen Impulse für unsere heute Diskussion bedanken. Ihre Expertise hat deutlich gemacht, wie komplex, zugleich aber auch dringlich, die Herausforderungen des demografischen Wandels sind. Sie leisten mit Ihrer Expertise hier und heute einen wichtigen Beitrag, um politische Entscheidungen evidenzbasiert treffen zu können. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen des Europaausschusses, die unserem SPD-Antrag zu dieser Anhörung zugestimmt haben.

Die Anhörung hat ja in der Tat gezeigt: Der demografische Wandel ist eine der ganz zentralen Strukturfragen für Europa. Es geht nicht nur um Bevölkerungszahlen, sondern es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, es geht um gesellschaftlichen Zusammenhalt und es geht auch um die Stabilität unserer Demokratien. Die Ausgangslage ist eindeutig: Geburtenraten deutlich unter dem Bestandhaltungsniveau. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich. Parallel schrumpft die Bevölkerung im Erwerbsalter. – Das hat unmittelbare Konsequenzen.

Erstens. Der Fachkräftemangel verschärft sich strukturell. Millionen Beschäftigte gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand, während zu wenige nachrücken.

Zweitens. Der demografische Wandel wird zu einem Standortfaktor. Wenn Arbeitskräfte fehlen, geraten Investitionen, Innovationen und wirtschaftliches Wachstum unter Druck, und Unternehmen entscheiden künftig auch danach, wo ausreichend qualifiziertes Personal verfügbar ist.

Drittens. Es zeigt sich eine zunehmende regionale Ungleichheit. Während Städte wachsen, verlieren ländliche Räume Bevölkerung und altern schneller. Das führt zu einer doppelten Herausforderung: Ausbau von Infrastruktur in Wachstumsregionen; Sicherung der Grundversorgung in schrumpfenden Regionen.

Viertens. Oft unterschätzt betrifft der demografische Wandel auch unsere Demokratie. Alternde Gesellschaften verändern politische Mehrheiten und Beteiligungsmuster. Gleichzeitig steigt das Risiko von gesellschaftlicher Unzufriedenheit dort, wo Alterung mit wirtschaftlicher Schwäche und fehlender Infrastruktur zusammentrifft. Dort sind politisch radikale Kräfte in Europa besonders erfolgreich.

Deshalb ist die entscheidende Frage, wie wir den Wandel aktiv gestalten. Wir als SPD identifizieren hier drei zentrale Handlungsfelder.

Erstens. Arbeitskräfte sichern und Potenziale heben. Wir müssen das vorhandene Erwerbspotenzial – das ist mehrfach gesagt worden – besser nutzen: Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen; längere gesunde Erwerbsphasen; gezielte Weiterbildung; schnellere Anerkennung von Qualifikationen. Gesteuerte Zuwanderung bleibt unverzichtbar.

Zweitens. Demografiepolitik ist immer auch Familien-, Bildungs- und Wohnraumpolitik. Gute Kinderbetreuung, verlässliche Ganztagsangebote und bezahlbarer Wohnraum entscheiden darüber, ob Menschen ihre Familienpläne realisieren und gleichzeitig im Arbeitsmarkt bleiben können.

Drittens. Wenn Arbeitskräfte knapper werden, muss jede Arbeitsstunde produktiver werden. Digitalisierung, Automatisierung und neue Technologien können helfen, hier vielleicht Engpässe an der einen oder anderen Stelle zu kompensieren.

Abschließend lässt sich sagen: Europa steht vor einer langfristigen Transformation. Entscheidend ist, ob es uns gelingt, den Wandel so zu gestalten, dass Wohlstand, Zusammenhalt und demokratische Stabilität erhalten bleiben. Deshalb habe ich drei zentrale Anschlussfragen.

Erstens. Die Frage nach Best-Practice. Wo finden wir denn weltweit und in Europa gegebenenfalls erfolgreiche Demografiestrategien, von denen man sagen kann, dass es sie vielleicht schon etwas länger gibt, dass sie bereits greifen oder dass sie zumindest die Perspektive bieten, bei Umsetzung auch erfolgreich zu sein?

Zweitens. Regionale Entwicklung. Welche konkreten Instrumente braucht es, um das wachsende Stadt-Land-Gefälle in Europa demografisch und wirtschaftlich abzufedern?

Drittens. Die Frage nach der politischen Steuerung. Wie schaffen wir Governance-Strukturen auf der EU-Ebene, die den demografischen Wandel als Querschnittsthema wirksam und verbindlich koordinieren?

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank für die Fragen. – Dr. Gerhard Hopp von der CSU als nächster Fragesteller, bitte.

**Abg. Dr. Gerhard Hopp (CSU):** Vielen Dank zunächst einmal für die Anhörung und vielen Dank auch an die Experten für die Einschätzungen, die auch für uns im Europaausschuss immer wieder neue Impulse geben.

Nur ein, zwei Gedanken, wobei Kollege Rinderspacher schon vieles angesprochen hat; das möchte ich nicht wiederholen.

Zum einen grundsätzlich: Es gibt wohl kaum ein Thema, das so schwerfällig ist, bis man es spürt, und auch so lange dauert, bis man mit ihm politisch zurechtkommt, wie Demografie. Ich habe vor über 20 Jahren meine Bachelorarbeit über Demografie und deren Auswirkungen auf die Rentenversicherung sowie politische Implikationen geschrieben. Ich glaube, das ist hochaktuell. Wir haben nach wie vor die gleichen Diskussionen. Das ist leider immer noch so. Es zeigt uns aber, wie schwerfällig Diskussionen, Entscheidungen, aber auch Entwicklungen manchmal sind; das wollte ich aber nur am Rande sagen. Wir sind bei Demografie.

Zwei Punkte. Sie haben das Thema "Demografie in Europa" angesprochen. Ich finde, wir sollten uns im Europaausschuss insbesondere die europäische Brille aufsetzen; um das geht es uns ja ein Stück weit. Kollege Rinderspacher hat schon angesprochen: Es gibt regionale Unterschiede in Europa.

Ein Punkt, der mich immer umtreibt: Wir können viel über Fakten, Zahlen, Anreize sprechen. Wir sprechen für mich ein Stück weit viel zu wenig darüber, welchen Wert eigentlich Familie und Kinder für uns haben, um uns nicht von einem Anreizsystem abhängig zu machen. Aber dennoch sehen wir in Europa, dass sich in manchen Ländern – beispielsweise in Skandinavien, aber auch in Frankreich – die Geburtenzahlen massiv nach oben und nach unten verändert haben. Vor einigen Jahren hätten wir darüber gesprochen, dass Finnland vielleicht sogar das Beispielmodell wäre. Jetzt geht es auch in Finnland darum, ähnliche Wege, wie wir sie haben, zu bewältigen. An alle gesprochen: Wie wäre da Ihre Einschätzung? An was liegt es, dass manche Länder zumindest kurzzeitig Ausreißer nach oben, jetzt auch nach unten haben? Was ist das genau? Ist es ein Anreizsystem? Ist es die kulturelle Einstellung in der Bevölkerung? Woraus können wir lernen?

Zweiter Punkt ist die Regionalpolitik. Das ist auch schon angesprochen worden. Es geht nicht nur um Demografie insgesamt, sondern um die Binnendemografie. Wie teilt sich die Bevölkerung innerhalb Europas oder innerhalb Bayerns bezüglich Stadt-Land-Gefälle auf? Auch hier haben wir in Europa ja Unterschiede, wie man damit umgeht. Ich würde es einmal so formulieren: Für mich ist demografische Stabilität weniger ein Thema in den Hauptstädten; sie wird in den Regionen entschieden. Bei uns in Bayern haben wir ja viel mit Regionalpolitik zu tun. Wir haben in den letzten Jahren versucht, in vielen Bereichen entgegenzuwirken; das war, wie Herr Schmitz beschrieben hat, auch ganz erfolgreich, wenn es um den Arbeitsmarkt geht. Wie würden Sie das einschätzen, wenn wir uns jetzt über die Zukunft der europäischen Regionalpolitik unterhalten? Hier geht es auch um den Erhalt von Struktur- und Wirtschaftsförderung. Welche Rolle können hier die europäische Politik und auch die Wirtschaftspolitik spielen, um in den Regionen Stabilität anzubieten? – Ich habe nämlich den Eindruck, dass wir eine große Chance haben, die Städte, wenn es um Wohnungsbau geht, auch ein Stück weit zu entlasten, und die Regionen eine noch stärkere Rolle spielen können, um Familien eine Perspektive zu bieten.

Mein Eindruck als Politiker ist: Wir sind eigentlich auf einem ganz guten Weg, hier gute Voraussetzungen anzubieten. Was können wir auch mit Blick auf zukünftige europäische Regionalpolitik tun, damit Familien in den dezentralen Regionen, noch stärkere und persönliche Perspektiven haben?

Vielleicht haben Sie hier einen Punkt, den wir diskutieren und mitnehmen könnten. Vielen Dank an alle Impulsgeber für die Beiträge.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank. – Als Nächsten rufe ich Peter Wachler von der CSU auf.

**Abg. Peter Wachler (CSU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Expertenrunde! Vielen Dank für Ihre spannenden Ausführungen. Ich bin wirklich sehr froh, dass wir uns diesem Thema annehmen. Deshalb auch herzlichen Dank an die SPD-Fraktion. Wer es bis jetzt noch nicht wusste, der weiß es, glaube ich, jetzt: Der demografische Wandel ist einfach keine abstrakte Zukunftsfrage mehr; er trifft unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft bereits heute mit voller Wucht.

Lieber Bertram Brossardt, herzlichen Dank, dass du es auch so klar benannt hast: Uns gehen die Arbeitskräfte aus. Das wird sich in den kommenden Jahren auch noch deutlich, deutlich verschärfen. Ich glaube, wir müssen deshalb Demografie ganz umfassend denken.

Lieber Gerhard Hopp, du hast gerade die europäische Brille aufgesetzt. Ich möchte vielleicht noch einen Schritt weiter gehen und die interkontinentale Brille aufsetzen.

Als Entwicklungspolitiker Sprecher möchte ich einen Punkt besonders hervorheben: Eine moderne Entwicklungspolitik ist heute immer auch eine Fachkräftepolitik.

Bayern geht hier wirklich mit einem ganz guten Beispiel voran. Wir setzen auf Partnerschaften mit vielen afrikanischen Staaten. Wir legen den Fokus immer auf Ausbildung, Qualifizierung und auf eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das ist ein ganz wichtiger Ansatz. Ich weiß, der Begriff ist ein bisschen ausgequetscht, aber ich nenne ihn trotzdem: Hilfe zur Selbsthilfe, Perspektiven vor Ort schaffen und gleichzeitig Fachkräfte gewinnen.

Wir haben bereits gute Erfahrungen mit Projekten, bei denen junge Menschen nach dem bayerischen Standard ausgebildet werden. Das zeigt, wie ein solcher Win-win-Ansatz hier bei uns vor Ort letztlich auch funktionieren kann.

Ich sage aber auch ganz, ganz deutlich: Wir brauchen Ordnung und Steuerung. Lieber Bertram Brossardt, du hast es angesprochen: Wir müssen Zuwanderung deshalb stärker am Arbeitsmarkt ausrichten. Ungesteuerte Migration löst unsere Probleme einfach nicht. Was wir brauchen, sind ganz klare Strukturen. Wir brauchen schnellere Anerkennungsverfahren und gezielte Fachkräftepartnerschaften. Gerade im Kontext der demografischen Entwicklung Europas liegt hier wirklich eine ganz, ganz große Chance. Wenn wir Entwicklungspolitik, Wirtschaftspolitik und auch die Migrationspolitik ganz klug verzahnen, dann können wir Wachstum sichern, unseren Wohlstand erhalten und gleichzeitig auch einen echten Beitrag zur Stabilisierung unserer Partnerländer leisten; diese werde ich mit meinen Kollegen aus den anderen Fraktionen dieses Jahr auch besuchen.

Zum Abschluss jetzt vielleicht noch eine kleine provokante Aussage: Wenn wir nach Frankreich schauen, dann sehen wir einen sehr weitgehenden staatlichen Ansatz. Die Regierung schreibt aktuell gezielt alle 29-Jährigen an, weist Frauen ausdrücklich auf ihre biologische Uhr hin und thematisiert sogar die nachlassende Fruchtbarkeit bei Männern. Das erklärte Ziel ist einfach, die Geburtenrate wieder zu steigern.

Meine Frage ist daher: Ist solch ein staatlich gelenkter, sehr direkter Eingriff in die private Lebensplanung überhaupt ein geeigneter Weg, um dem demografischen Wandel jetzt wirklich zu begegnen? Oder sollten wir in Europa vielleicht doch stärker auf strukturelle Lösungen wie etwa bessere Rahmenbedingungen für Familien, eine gezielte Fachkräftezuwanderung und internationale Partnerschaften im Sinne einer – daran hängt mein Herz – modernen Entwicklungspolitik setzen?

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen Dank, Peter, für deine Ausführungen. – Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen: Benjamin Adjei, Gabi Schmidt und Alex Dorow. Wenn ich noch jemanden übersehen haben sollte, bitte ich darum, sich jetzt zu melden. – Im Moment passt es. Dann machen wir die Antwortrunde.

**Abg. Benjamin Adjei (GRÜNE):** Auch von meiner Seite erst einmal vielen Dank für Ihre doch sehr ausführlichen und interessanten Ausführungen. Man merkt da schon noch einmal ganz klar, dass der demografische Wandel unseren Arbeitsmarkt auf der einen Seite sehr massiv durch den Fachkräftemangel, auf der anderen Seite durch die ungenutzten Potenziale, die wir in der Gesellschaft haben, trifft. Wenn wir diesen Widerspruch nicht auflösen, dann gefährden wir am Ende eben unsere wirtschaftliche Stärke, aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, die strukturellen Versäumnisse, die in der Vergangenheit dazu geführt haben, jetzt anzugehen, die entscheidenden Hebel anzusetzen und die Lösungen konsequent anzugehen.

Meine konkreten Fragen; Herr Schmitz, ich würde einmal mit Ihnen anfangen: Sie haben dieses strukturelle Mismatching am Arbeitsmarkt beschrieben. Wo sehen Sie denn die zentralen Versäumnisse der letzten Jahre, die dazu geführt haben? Welche drei Hebel – ich sage jetzt einmal drei; aber wenn Sie zwei oder vier haben, dann ist das auch gut – sind denn entscheidend, Qualifizierung und Arbeitsmarkt besser zusammenzubringen?

Dann eine Frage an Herrn Köppen: Wenn wir uns die gesamte Bildungskette von der frühkindlichen Bildung über die Schule und Ausbildung bzw. Weiterbildung anschauen: Wo muss das Ganze neu verzahnt werden, um insbesondere beim Thema "Future Skills" und bei den Fähigkeiten, die wir in der Zukunft einfach brauchen, besser anzusetzen und die jungen, aber auch die älteren Menschen besser auf die Zukunft vorzubereiten?

Dann noch zwei Fragen an Frau Spieß: Zum einen haben Sie das Thema "Erwerbsbeteiligung von Frauen" angesprochen. Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie denn, die den größten Effekt hätten, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen? Wo sehen Sie denn die größten strukturellen Hürden?

Zum Zweiten: Welche Hebel sehen Sie, wenn man die alternde Gesellschaft betrachtet und diese insbesondere mit Blick auf Prävention, Gesundheit und Anpassung unserer sozialen Sicherungssysteme resilienter gestalten möchte? – Das habe ich jetzt konkret an Sie gerichtet. Wenn die anderen Expertinnen und Experten dazu auch etwas sagen wollen, dann natürlich auch gerne an Sie.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Gabi Schmidt, bitte.

**Abg. Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Ich kann an diese Runde auch meinen allerherzlichsten Dank weitergeben. – Zu einem großen Teil kann ich mich den Fragestellungen der Kollegen anschließen. Mir fehlen ergänzend aber vielleicht noch zwei Bereiche.

Ich habe es gerade vor mir liegen: Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat Vergleichswerte, wie wir gerade Inflation fühlen und wie unsere Kaufkraft ist. Wir haben oft ein falsches Gefühl. Für eine Waschmaschine haben wir früher 53,5 Minuten gearbeitet – und heute 15 Minuten. Wir liegen da mit unserem Inflationsgefühl ganz oft falsch. Das Einzige, was aber im Preis wirklich inflationär war, sind personenbezogene Dienste.

Das ist jetzt meine Frage vor allem an den Herrn Schmitz und den Bertram Brossardt: Ist es denn in der Zukunft so, dass viele Arbeiten – von technischer Leistung über Produktion bis hin zu Verwaltung – wegfallen werden, weil sie durch KI oder Automatisierung billiger werden oder komplett entfallen? Wo brauchen wir diejenigen, die, wenn auch weniger, aber wirklich gebraucht werden? Greift da unser duales System noch?

Eine Frage geht vor allem an Frau Spieß: Sie haben das Thema angesprochen, dass Frauen viel in Teilzeit sind. Damit habe ich aber schon ein Problem. Wir sprechen von den Frauen, die zu wenig Kinder haben. Sollte man bei dieser Teilzeitleistung nicht von einer Familienteilzeitleistung sprechen, anstatt diesen schwarzen Peter bloß den Frauen zuzuschieben? Durch dieses Wording verlieren wir ja ganz gut ausgebildete Frauen für den Arbeitsmarkt. Es ist doch immer eine Familienpflicht, dass jeder seine Arbeitsstunden leistet und in seinem Beruf auch Erfüllung finden kann. Es ist doch nicht bloß eine Aufgabe der Frauen, in den Beruf zurückzukommen. Müsste man diese Arbeit mit den Kindern denn nicht als Familienarbeitszeit sehen? Würde uns das, wenn wir das im Ganzen berechnen, nicht um einiges zukunftsfit machen? Also, ich habe damit wirklich ein Problem.

Wenn wir sehen, dass viele dieser personenbezogenen Leistungen gerade im demografischen Wandel noch mehr gebraucht werden – als Rentner brauchen wir Pflege und Betreuung; die Familien und die Frauen sollten mehr im Beruf sein –, dann ist doch eigentlich in diesem Bereich und nicht mehr so sehr in Verwaltung und Produktion der Zuwachs im Arbeitsmarkt. Das ist ein Gesichtspunkt, der mir in der ganzen Diskussion ein bisschen verloren gegangen zu sein scheint. Die Aufteilung ist vielleicht eine ganz andere. Ich weiß, dass es hier im Raum auch Kräfte gibt, die die Frauen überhaupt nicht als Teil des Arbeitsmarktes sehen und auch Menschen aus anderen Ländern nicht als in den Arbeitsmarkt integrierbar ansehen.

Ich denke aber, dass wir, gerade wenn es um die personenbezogenen Dienstleistungen geht, nicht darum herumkommen, in diese Richtung einmal ganz anders zu denken. – Vielen Dank noch einmal. In Richtung dieser Ergänzungen gehen meine Fragen.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Jetzt würde ich als letztem Fragesteller noch Alex Dorow das Wort erteilen und anschließend wieder mit Bertram Brossardt beginnen.

**Abg. Alex Dorow (CSU):** Auch ich danke sehr herzlich für das breite Panoptikum an Informationen, die sehr, sehr hilfreich waren. Danke auch an die SPD-Fraktion, dass sie dieses Thema aufgestellt hat.

Aus meiner Sicht kann ich es mit drei Stichworten und drei Fragen kurz machen. Was bei mir unter anderem, aber nicht als einziges, hängen geblieben ist: Bertram Brossardt sagte, die Menschen müssen mehr arbeiten. – Das ist eine Stellungnahme, die ich schon aus meiner journalistischen Zeit von vor 15 Jahren kenne; auch damals war das schon ein Thema. Das Erste, was dann immer aufploppt – auch das ist bis heute nicht anders –, ist die große Empörung bestimmter Bevölkerungskreise: Haben wir nicht schon genug gearbeitet? Ich war Dachdecker, ich bin zusammengeschaift und alles Mögliche. – Wir sind dann immer ein Volk von Dachdeckern oder Zimmerleuten.

Bertram Brossardt, wie kriegen es gebacken, dass wir die Differenzierung hinkriegen? Natürlich gibt es da selbstverständliche Unterschiede. Natürlich gibt es Menschen, die das nicht können. Es gibt aber andere, die das wollen. Ich bin beispielsweise aus dem letzten Babyboomer-Jahrgang, 1964 geboren, und ich habe, wie man sieht, nicht schwer körperlich arbeiten müssen; ich kann mir, wie viele meiner Altersgenossen, gut vorstellen, vielleicht in einer differenzierten Art und Weise auch noch länger zu arbeiten. Frage: Wie bekommen wir diese Differenzierung hin?

Prof. Köppen, zweiter Punkt. Sie haben, was ich hochinteressant finde, von Effizienzsteigerung gesprochen. Wo sind die ungenutzten Potenziale? Die Kollegin Schmidt hat schon einmal kurz anklingen lassen: Ist KI ein Faktor? Wenn ja, wo verorten Sie den?

Das ist sicher nicht der einzige Faktor. Ich bin zum Beispiel unter anderem gelernter Sprecher. Ich bin relativ sicher, dass wir Nachrichtensprecher in absehbarer Zeit in der Form nicht mehr haben werden. Da gibt es auch viele andere Berufe.

Frau Dr. Loichinger, dritter Punkt. Bei Ihnen ist mir auch etwas stark hängen geblieben. Sie haben gesagt, mit wenigen Ausnahmen sterben in nahezu allen EU-Ländern mehr Menschen als geboren werden. Wer sind die Ausnahmen? Was machen die anders? Wenn ich das als fünffacher Familienvater sagen darf: Ich glaube, es gäbe gute Möglichkeiten – das muss vielleicht nicht so auf die brachiale

Art wie in Frankreich sein –, Familien, die Kinder wollen und wünschen, auch von staatlicher Seite mehr zu begünstigen und das Ganze vielleicht auch intelligenter zu steuern. Welche Ideen haben Sie da? – Danke schön.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank für all die Fragen meiner Kolleginnen und Kollegen. – Ich würde mit der Beantwortung jetzt wieder in alphabetischer Reihenfolge beginnen, wohlwissend, dass Bertram Brosardt weg muss. Darum würde ich dir jetzt auch sofort das Wort erteilen. Ich bitte dich um deine Ausführungen, lieber Bertram.

**SV Bertram Brosardt (Hauptgeschäftsführer vbw):** Mir ist vorhin, als das französische Modell vor Augen geführt worden ist, gleich die Hand hochgeschossen. Ich selbst bin alter Straßburger und lange in Frankreich gewesen. Ich bin französischer Ordensträger. Ich liebe das Land also. Aber das hat mit unserem Freiheitsbegriff nichts mehr zu tun. Die staatliche Aufforderung, sich fortzupflanzen, entspricht nicht unserem Freiheitsbegriff. Ehrlich gesagt, ich will damit auch nichts zu tun haben.

Ich weiß auch nicht, ob jemand, der aufgefordert Vater oder Mutter wird, seine Elternrolle richtig wahrnimmt. Ich halte das, gelinde gesagt, für einen Scheiß; Entschuldigung, wenn ich an dem Punkt so emotional antworte.

Übrigens hat man Frankreich auch schon vor 40 Jahren als sterbendes Volk betrachtet; dann ist es wieder besser geworden. Eines können wir aber natürlich von den Franzosen lernen; das hätte ich früher nicht über die Lippen gebracht: Die Franzosen waren historisch darauf ausgerichtet, dass die Kinder von Beginn an in die École Maternelle kommen, und die Frauen dann – ich übertreibe einmal ein Stück weit – sofort wieder in die Arbeit gehen sollten.

Da haben wir heute und speziell für Bayern betrachtet – das hat schon jemand gesagt – immer noch erhebliche Defizite. Wir haben es sehr lang versäumt, unser Lebensbild an das anzupassen, was heute ist. Ich betrachte Frauen bestimmt nicht als Arbeitsmarktreserve. Das hat was mit Partizipationsgerechtigkeit zu tun. Wenn wir Frauen auch unter demografischen Gesichtspunkten nicht besser auf dem Arbeitsmarkt integrieren, dann sind wir, ehrlich gesagt, neben der Spur.

Dann haben wir die Frage der KI: Ich glaube, momentan sind wir alle ein bisschen durcheinander. Wir wissen alle, dass wir KI anwenden und anwenden werden müssen. Es entstehen dadurch aber andere Qualifikationsprofile; es mag auch ein Stück weniger Arbeit sein. Ich glaube, das nutzt uns aber sogar.

Ich war vor Kurzem in einer Fabrik in Hessen; die meisten Beschäftigten sind allerdings in Bayern. Da werden Bremsen hergestellt. Da wird KI einfach am Band eingesetzt. Man braucht ein Stück weniger, wir sind aber auch weniger. Aber diejenigen, die man hintendran braucht, um das Ganze zu steuern, sind doch noch viel mehr, als man insgesamt denkt. Ich glaube, wir sollten das Thema insgesamt mit großem Ernst angehen, aber in dem Punkt nicht gleich den Weltuntergang sehen.

Nehmen Sie mich als Juristen. Ich habe mir jetzt schon ein paar Schriftsätze formulieren lassen. Da habe ich mir gedacht: Scheiße, das Ding kann das richtig gut; von Beck gibt es da ein neues System. Das Ding fantasiert aber manchmal auch. Es macht den Beruf eines Rechtsanwalts oder eines Firmenjuristen nicht überflüssig, weil: sich was machen lassen, ist das eine, das andere ist es, das mit Hirn, Wissen und Erfahrung dann so zu machen, dass es richtig ist. – Die KI ist hilfreich, um das mit der demografischen Geschichte insgesamt hinzukriegen.

Zu den ländlichen Räumen. Dass gerade Oberfranken genannt wurde, geht mir ein Stück ans Herz. Für diejenigen, die es nicht wissen: Die meisten Fabriken, die in

unseren ländlichen Räumen stehen, stammen von vor 25 Jahren; da habe ich die Dinge noch auf Staatsseite begleiten dürfen.

Wir werden die ländlichen Räume nur stabil halten können, wenn wir das, was wir an Hightech in München und vielleicht noch in Nürnberg haben, auf eine andere Art machen; die Staatsregierung ist da gerade dran. Man muss vor Ort die Technologiekompetenzen zur Verfügung stellen. Dann bleiben uns die Unternehmen auch dort.

Wenn du einen gescheiterten, sauberen Arbeitsplatz hast, dann denkst du dreimal darüber nach, ob du deine eigene Heimat verlässt, wo du in Wirklichkeit, was Wohnungspreise etc. angeht, noch besser leben kannst. Ganz beseitigen werden wir das nicht können. Aber für mich ist das die entscheidende Bremse.

Zur Zuwanderung. Der Markus Schmitz wird das, glaube ich, gleich noch viel besser sagen können: Der gesamte Fachkräfteaufbau seit drei Jahren ist faktisch nur von Zuwanderern getragen. Wir machen uns manchmal auch schlechter, als wir wirklich sind.

Letzter Punkt, Arbeiten im Alter; ich gehöre da ja auch schon dazu. Wir haben eine große Sperre; die Bundesregierung hat auch etwas hinbekommen. Momentan sieht man ja nicht so viel davon. Sie hat aber das Vorbeschäftigungsverbot aufgehoben. Du konntest ja bisher nicht in einer Firma arbeiten, in der du vorher beschäftigt warst. Diese Aufhebung wird dem Gesamtthema einen Pusch geben.

Was wir auch nicht im Kopf haben: Die Beschäftigung von Älteren – also 55 plus – hat sich auch vervielfacht. Markus Schmitz weiß das in den Einzelzahlen wahrscheinlich noch besser. Sie hat sich vervielfacht. Das ist durchaus ein – würde ich sagen – sehr großer Erfolg.

Wir haben natürlich ein Defizit beim Thema "Arbeit", das wir intensiv angehen müssen; wenn ich sagen "wir", dann hat das was mit den Arbeitgebern, aber auch mit der Bundesagentur zu tun: In dem Augenblick, wenn jemand über 55 arbeitslos wird, kriegst du ihn praktisch nicht mehr aus der Arbeitslosigkeit heraus. Wenn du mit 66,5 – ich glaube, da sind wir irgendwo – weiterarbeiten willst, dann klappt das gut. Die Beschäftigungsverhältnisse der Älteren sind stabiler als die der Jüngeren. Wenn aber jemand in der Arbeitslosigkeit ist, kommt er momentan nur noch sehr schwer aus ihr heraus. Das ist ein Problem, das wir bearbeiten müssen.

Bei der Zuwanderung aus Drittstaaten haben wir viele gute Projekte. Wir müssen nur aufpassen, dass wir uns nicht verzetteln. Jeder Abgeordnete – gerade diejenigen, die gesprochen haben – hat ja tolle Projekte. Da fehlt etwas. Wir müssen eine bayerische Gesamtstrategie bilden, von wo wir uns die Leute schwerpunktmäßig holen. Wir können als Bayern nicht auf der ganzen Welt – der Rest von den Nichtbayern hier im Raum interessiert mich nicht so viel –, in jedem Land der Erde aktiv werden. Ich glaube, wir brauchen eine Schwerpunktbildung. Wir setzen derzeit sehr stark auf Ägypten; die sind abgabewillig. Sie sind mit vielen deutschen Schulen gut ausgebildet. Das ist gut angelaufen.

Ich sage es ganz offen, wo ich auf die Schnauze gefallen bin: Unser hoch verehrter Herr Ministerpräsident hat uns mehr oder weniger draufgedrückt, dass wir in Albanien Fachkräfte anwerben sollten. Wir haben dort dann eine Repräsentanz gemacht. Der dortige Staatspräsident hat zu mir gesagt, er gebe keine Fachkräfte her, die brauche er schon selbst. – Als ich länger darüber nachgedacht habe, habe ich ihn mehr als nur gut verstehen können; er muss sein Land ja auch entwickeln.

Wir haben dann andere Kooperationsformen gefunden, wie man unserem Arbeitsmarkt und auch unseren albanischen Freunden nutzt. – Mehr habe ich nicht.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Noch einmal vielen herzlichen Dank für die Ausführungen und auch ganz herzlichen Dank für die Zeit; ich weiß, dass du jetzt dann weg musst.

**SV Bertram Brossardt (Hauptgeschäftsführer vbw):** Pass auf: Ich darf mit dem Wissenschaftsminister über Quantencomputing reden; das ist auch eine unserer Zukunftstechnologien. Da machen wir Arbeitsplätze. Da bleibt dann, wenn wir es gut machen, Bayern da, wohin es gehört: an der Spitze!

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank. Dann viel Erfolg bei der nächsten Veranstaltung. Danke schön. – Als Nächster würde ich Frau Engelhardt-Wölfler noch einmal das Wort erteilen. Ich würde jetzt nach dem ABC durchgehen und jedem Referenten die Möglichkeit geben, noch einmal seine Statements abzugeben und die Fragen zu beantworten.

**Sve Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler (Universität Bamberg):** Ich möchte im Besonderen auf zwei Aspekte eingehen.

Es kam die Frage nach den springenden Fertilitätszahlen, die mitunter eine Achterbahnkurve abbilden. Fertilität wird in der Statistik in der Regel durch die sogenannte Gesamtfertilitätsrate gemessen. Dieses Maß der Gesamtfertilitätsrate ist sehr empfindlich gegenüber Veränderungen im sogenannten Timing der Fertilität.

Das heißt konkret: Wenn irgendwelche gesellschaftlichen Ereignisse – seien es wirtschaftliche Unsicherheit, Epidemien, gesetzliche Änderungen oder sonstige Dinge – als Auslöser dazu führen, dass die Geburten im Lebenslauf aufgeschoben werden, führt das unmittelbar zu einem Rückgang der Gesamtfertilitätsrate. Das impliziert aber keinesfalls, dass diese Geburten, die vielleicht ein, zwei Jahre aufgeschoben wurden, nicht nachgeholt werden. Deshalb ist es gefährlich, solche Ausschläge in der Gesamtfertilitätsrate überzuinterpretieren. Davon möchte ich hier explizit warnen.

Viel verlässlicher sind die Fertilitätsraten am Ende der reproduktiven Phase; gut, so lange möchte man mitunter nicht warten. Aber, wie gesagt: Seien Sie vorsichtig damit, die Gesamtfertilitätsrate überzuinterpretieren.

Der zweite Aspekt, auf den ich hier eingehen möchte, sind Politiken zur Steigerung der Fertilität: Politiken zur Steigerung der Fertilität können auf verschiedene Faktoren abstellen. Sie können auf monetäre Leistungen oder auf Aspekte, die das Zeitmanagement beeinflussen, abstellen. Sie können auf die Infrastruktur oder auf Aspekte tangierend die Gleichstellung zwischen Mann und Frau abstellen.

Jetzt ist die Frage: Welche politischen Maßnahmen sind erfolgreich und inwiefern lässt sich die Fertilität überhaupt beeinflussen? – Ich möchte mit letzterem Aspekt starten.

Inwiefern lässt sich die Fertilität beeinflussen? – In der Bevölkerungswissenschaft hat man traditionell die Differenz zwischen der gewünschten und der realisierten Kinderzahl als Maß dafür genommen, wo politische Maßnahmen eventuell etwas bewirken können.

Ist also die Differenz zwischen der gewünschten und der realisierten Kinderzahl gleich null, dann werden politische Maßnahmen nichts bewirken. Je größer diese Differenz ist, desto größer ist das Potenzial politischer Einflussnahme.

Jetzt muss man aber wissen: Auch die gewünschte Kinderzahl – also nicht nur die realisierte Kinderzahl – hat sich in den letzten Jahren deutlich reduziert. Das heißt, die Differenz zwischen der gewünschten und der realisierten Kinderzahl hat sich reduziert. Das heißt, der potenzielle Möglichkeitsspielraum politischer Einflussnahme hat sich reduziert. Das vorab gesagt.

Was wären nun mögliche Maßnahmen, die potenziell wirksam sein könnten? – 2014 wurde der Abschlussbericht der Evaluation der familienpolitischen Leistungen publiziert. Dort wurde in verschiedenen Studien festgestellt, dass monetäre Leistungen kaum einen Effekt, also mehr oder weniger einen Nulleffekt, auf die realisierte Kinderzahl haben. Was einen minimalen Effekt hatte, waren Maßnahmen, die die Infrastruktur, also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, thematisiert haben.

Was in dieser Studie nicht analysiert wurde und was in verschiedenen skandinavischen Ländern offensichtlich funktioniert, ist, die Gleichstellung zwischen Mann und Frau in verschiedenen Dimensionen zu fördern, um möglicherweise die Fertilität steigern zu können. Soweit meinerseits.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und die Zahlen. – Herr Köppen, Sie starten wieder.

**SV Prof. Dr. Bernhard Köppen (Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD)):** Dann starte ich wieder. – Ich kann sicher nicht alles beantworten, weil ich auch nicht alles auf dieser Welt weiß.

Zu den Herren Abgeordneten Rinderspacher und Dorow: Ich versuche einmal, zwei Ihrer Fragen ein bisschen zusammenzufassen, weil sie in eine Richtung gehen. Die eine Frage war nach Best Practices, die andere nach Effizienzsteigerung.

Zu Best Practices: Ich wüsste, auf die Demografie bezogen, nichts, was mir spontan einfiel.

Bei der Frage nach der Effizienzsteigerung oder Effizienzveränderung müssen Sie vielleicht verstehen, dass ich als Geograf, wenn ich den demografischen Wandel und dessen Bewältigung betrachte, sehr stark aus der Perspektive von Raumordnung, Landesplanung und etwa Daseinsvorsorge denke; das sind tendenziell Dinge, die eher kosten. Ich habe vielleicht weniger die Dinge, die Geld bringen.

Wenn ich von Effizienzsteigerung spreche, dann denke ich da zum Beispiel an das, was ich auch schon erwähnt habe: Unbequeme Entscheidungen treffen und sich Vorschriften und Gesetze ansehen und bei den Kommunen und Regionen – das wurde auch schon erwähnt – abfragen, was konkret ein Problem ist, welche Möglichkeiten man sieht und wo die Politik ansetzen kann, hier Möglichkeiten und Spielräume zu schaffen. Denn wenn ich eine gute Idee habe – gerade etwa auch in der Organisation von Infrastruktur –, dann gibt es häufig zwei Perspektiven. Die eine ist die gute Idee, die andere Perspektive ist, ob ich das überhaupt darf.

Jetzt werfe ich einmal in den Raum: Wir schließen eventuell Grundschulen, weil in den Dörfern die Grundschülerinnen und Grundschüler fehlen. Die Grundschule im Dorf ist aber vielleicht ein Faktor, der Familien hält oder dorthin bringt. Dann sagt man: Wir müssen zumachen, die Kinder müssen mit dem Bus herumgefahren werden. – Warum müssen eigentlich die Kinder herumfahren? Warum fährt man nicht die Lehrer herum? Warum kann man nicht – in Bayern macht man das in Experimenten ja schon – die ersten ein, zwei, drei Klassen gemeinsam unterrichten? Das geht; in Bayern gibt es so etwas ja. Man sollte also solche Dinge andenken.

Warum gibt es keine komplett reisenden Ärztinnen und Ärzte? Es gibt in Brandenburg einen Zahnarzt, der sich mobile Zahnarztstühle besorgt hat, wie sie THW und Bundeswehr haben. Ich glaube, er fährt an zwei Tagen die Woche zu immobilen Patientinnen und Patienten im ländlichen Raum. Er braucht aber noch eine Praxis, weil man als niedergelassene Ärztin oder niedergelassener Arzt wohl eine Praxispflicht hat. Warum muss das sein, wenn man – so nenne ich es jetzt einmal polemisch – demografische Notstandsgebiete hat?

Stellen wir uns vor, man hat einen REWE-Supermarkt im ländlichen Raum und bietet einen privaten Fahrdienst durch die Dörfer an, damit die Leute zum REWE oder EDEKA oder so etwas Ähnlichem kommen können, und die Leute nutzen das als einen Ersatz-ÖPNV am Wochenende. Darf man das machen? – Ja, im Prinzip schon, aber Vorsicht, ob das nicht ein Linienverkehr ist, der in einer Art und Weise genehmigungspflichtig ist, dass man ihn nicht genehmigt bekommt. Da kann man dann auch lange nach einer Bürgerinitiative rufen, die so etwas auf die Beine stellen soll. Da müssen halt vielleicht leider ein paar Standards und Zugangshürden gesenkt werden, die etwas Gutes gemeint haben, aber jetzt die Lösung von solchen Problemen erschweren.

Man muss auch unangenehme Themen angehen, wie es im Ehrenamt, wie es im ländlichen Raum mit Freiwilligen Feuerwehren aussieht. Wenn etwas Schlimmes passiert, ist dann in Wirklichkeit noch jemand da? Wäre es jetzt nicht besser – vielleicht auch vor dem Hintergrund eines neuen Wehrdienstes –, zu sagen, Freiwillige Feuerwehren besitzen eine Wache in Kreisstädten. – Das ist es also, was ich damit meine, wenn ich sage, über diese Dinge nachzudenken.

Dann kam die Frage nach meinem idealen Bildungsablauf: Ich forsche und lehre an einer Universität, die nur Lehrerinnen und Lehrer ausbildet; das ist mein Thema. Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die mich dafür bemitleiden, dass ich kein richtiger Wissenschaftler sei, weil ich keine richtigen Studierenden ausbilde; das stimmt nicht. Der Zugang zum Lehramt ist eine ehrenvolle und wichtige Aufgabe.

Sie finden in der Bildungsforschung leider immer wieder auch diametral entgegengesetzte Ergebnisse, was nun besser sei. Ich habe es vorhin auch schon einmal anzudeuten versucht. Sowohl Schulen etwa in China, wo eine für uns sehr, sehr ungewohnte Art von Pädagogik und Didaktik herrscht, als auch Schulen in Skandinavien erzielen gute Bildungsergebnisse.

Ich würde bei den jungen Menschen tatsächlich eher darauf achten, eine echte Chancengleichheit oder zumindest eine echte Durchlässigkeit zu gewähren, um die Potenziale greifen zu können und die Menschen abholen zu können, sodass sie sich günstig entwickeln. Ich meine damit: Im Prinzip ist es möglich, in der fünften Klasse auf die Hauptschule zu gehen und sich bis zum Abitur hochzuarbeiten. Der Weg nach unten ist aber, um es einmal so auszudrücken, ein ungleich leichter und schnellerer

Wenn ich also zum Beispiel in der Realschule Jugendliche habe, die eigentlich ziemlich clever sind, die aber auf der Realschule sind, weil sie keine gymnasiale Einstufung bekommen haben, dann halte ich Möglichkeiten für einen Wechsel im Bildungsgang für sehr, sehr wichtig, um die Potenziale entsprechend greifen zu können.

Welche Fähigkeiten werden gebraucht? Das ist auch die KI-Frage. – Das ist wirklich eine ganz schwere Frage. Ich bin einfach nicht kompetent, hierauf eine Antwort zu geben, von der ich selber überzeugt wäre.

Zum Abschluss noch kurz der Hinweis zu dem französischen Artefakt des Briefs, mit dem die Gebärfähigkeit erhöht werden soll: Die eine Frage ist, ob die reine Zahl

aussagekräftig ist. Was ist der Wert der Zahl? Da heißt es dann, die demografische Struktur sei stabilisiert worden, weil jetzt Geflüchtete aus Syrien oder der Ukraine im Dorf sind. – Das hilft niemandem etwas, weder dem Dorf noch den Ukrainern, wenn sie dort keine Arbeit finden, weil es keine Arbeit gibt. Aber die Statistik ist hübsch. Das ist schon ein Punkt.

Zur Frage, ob man solche Briefe verschicken darf: Ich glaube, das kann man schon machen. Es wurde ja aber schon erwähnt, dass das nicht viel bringen wird. Darüber hinaus – Ihre Reaktionen waren ja entsprechend – sollte man insofern natürlich sehr vorsichtig sein: In den 1990er-Jahren gab es ein Kairo-Agreement, das auch die Bundesrepublik Deutschland unterschrieben hat, demgemäß wir keine Demografiepolitik im engeren Sinne betreiben. Das heißt, Eingriffe in das Leben der Menschen stehen uns nicht zu; es müssen freiwillige Entscheidungen sein. Rahmenbedingungen und auch Incentives kann man aber schon setzen. Ich glaube, man muss da aber sehr vorsichtig sein, weil das dann schlicht und ergreifend sehr schnell in Fragen der Menschenrechte gehen kann, wenn man in individuelle Freiheit eingreift.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Herzlichen Dank, Herr Köppen. – Jetzt hätte ich bitte noch einmal Frau Elke Loichinger neben mir.

**Sve Dr. Elke Loichinger (Statistisches Bundesamt):** Ich steige gleich einmal mit ein paar Informationen drum herum und dazu ein, warum die Geburtenrate so unterschiedlich ist und über die Zeit auch variiert. Ein paar Punkte wurden von Frau Engelhardt-Wölfler ja schon genannt.

Bevor wir jetzt genauer auf die Maßnahmen eingehen, ganz grundsätzlich: In jedem Land laufen gewisse gesellschaftliche Veränderungen ab. Das haben wir auch in Deutschland. Die Normen ändern sich. Welche Lebensentwürfe werden akzeptiert und in der Gesellschaft angenommen? Es gibt wandelnde Einstellungen zu Familie und Partnerschaft. Es ist heterogener geworden. Heutzutage existieren mehr verschiedene Lebensentwürfe als früher. Die Bildungs- und Ausbildungszeiten sind länger geworden. Das ist auch ein großer Faktor, warum mit dem Kinderkriegen oft später begonnen wird. Natürlich ist auch der Einstieg ins Berufsleben später.

Die Frauenerwerbstätigkeit hat sich gewandelt. Da haben wir auch ein interessantes Phänomen: Mittlerweile ist es so, dass die Länder mit der höchsten Frauenerwerbstätigkeit auch die höchste TFR (Total Fertility Rate) haben. Früher war es andersherum. Der Faktor dahinter ist einfach, dass das die Länder sind, die auch mit der Gleichberechtigung schon viel weitergegangen sind und Kinderbetreuung anbieten.

Mir ist ganz wichtig, das auch über die Zeit zu betrachten. Es geht nicht mehr nur um einen Zeitpunkt. Es finden Entwicklungen statt und drehen sich auch einmal um.

Von Frau Prof. Engelhardt-Wölfler wurde ja auch der Punkt bezüglich der idealen und der realisierten Kinderzahl angesprochen. Prof. Köppen hat den Punkt der Rahmenbedingungen erwähnt. – Hier würde auch ich sagen: Ja, die einen Länder machen das mehr, die anderen weniger. Oft hat man höhere ideale Kinderzahlen als die, die dann am Schluss herauskommen. Eigentlich ist es dann – so sehen das viele – eben die Aufgabe der Politik, des Staates, der Gesellschaft, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass jede Frau, jeder Mann, jedes Paar ohne Zwänge die Anzahl der Kinder kriegen kann, die es kriegen möchte. Ich denke, wir wollen ja nicht in die pronatalistische Politik. Man muss aber einfach die Rahmen-

bedingungen dafür schaffen, dass es freie Entscheidungen sind. Ich denke, das steht da vor allem dahinter.

Noch einmal auf die Faktoren eingehend; ich lese die Literatur genauso, wie es auch gesagt wurde: Der größte Faktor ist wirklich die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie. Hier werden vor allem immer Frauen genannt, aber natürlich müssen wir hier – das wurde auch gesagt – eigentlich vor allem partnerschaftlich denken. Die Verfügbarkeit von ausreichender, verlässlicher und bezahlbarer Kinderbetreuung ist da einfach ein ganz großer Punkt. – Untersucht werden auch die finanziellen Anreize. Sie zeigen, wie schon gesagt wurde, weniger Effekt.

Damit geht die Gleichberechtigung einher. Wie sind die Rollen verteilt? – Es ändern sich auch Normen und Vorstellungen. Ein schönes Beispiel ist Deutschland. Wenn Sie sich erinnern: Meine Wahrnehmung ist, dass das Bild der Rabenmutter nicht mehr so oft bemüht wird; das war aber vor 20 Jahren noch ganz anders. Das bedingt natürlich auch Frauenerwerbstätigkeit und wie sich Paare und Frauen entscheiden.

Gleichzeitig gibt es bei längeren Ausbildungszeiten auch biologische Realitäten. Nicht alle Kinder, die auf später verschoben werden, werden nachgeholt; einige werden nachgeholt. Die Geburten finden dann nur nicht jetzt statt. Das sieht man dann eben auch in der Geburtenrate, die dann runtergeht – Stichwort "Pandemie" –, wenn es äußere Einflussfaktoren gibt. Gerade sind wir in Zeiten mit großer wirtschaftlicher Unsicherheit. Wo geht es hin? Den Klimawandel hat noch keiner erwähnt; das schwebt ja auch über einem. Der Immobilienmarkt ist ein anderer Unsicherheitsfaktor. Vielleicht werden Geburten, die jetzt gerade nicht stattfinden, später nachgeholt. Das wissen wir allerdings erst, wenn Frauen das Alter erreicht haben, ab dem die reproduktive Phase abgeschlossen ist.

Im Moment liegt die Geburtenrate, wenn man die Jahrgänge der späten Siebziger betrachtet, bei 1,6. Das ist diese andere Betrachtung, bei der wir nicht gucken, was jetzt gerade in den Jahren 2024/2025 passiert, sondern gucken, wie viele Kinder die Frauen dieser Geburtsjahrgänge im Laufe ihres Lebens gekriegt haben. Diese 1,6 liegen höher als die 1,35, die ich genannt hatte.

Nur ein Beispiel, um den Faktor Unsicherheit ein bisschen zu untermauern: In den Niederlanden gab es eine Längsschnittstudie zu fehlender Zukunftszuversicht. Junge Leute, die pessimistischer eingestellt waren und fehlende Zuversicht hatten, haben letztendlich auch weniger Kinder gekriegt als Leute, die das nicht waren. Auch dieser Faktor ist also nicht zu unterschätzen. – Das war es, was ich Ihnen zu den Geburtenraten sagen wollte.

Dann noch etwas Grundsätzliches: Wir Demografinnen und Demografen sind auch ein bisschen selber daran schuld, dass dieses Bestanderhaltungsniveau von 2,1 so in den Köpfen festhängt. Mittlerweile ist mein Ansatz eher, zu versuchen, das ein bisschen anders einzuordnen, weil das in der Gesellschaft wirklich so eine hypothetische Rechenzahl ist: Wenn es keine Zu- und keine Abwanderung gäbe und dieses Niveau lange Zeit herrschen würde, dann hätte man eine stabile Bevölkerung und die Bevölkerungszahl würde gleichbleiben.

Wenn es darum geht, den Wohlstand zu halten, gibt es immer mehr Studien, die zeigen: Man kann den Lebensstandard in alternden Gesellschaften auch gut mit einer niedrigeren TFR – es kommt auf die Studie an: 1,5, 1,6, 1,7, teilweise sogar noch niedriger – in Kombination mit Bildungsinvestitionen, mit Produktivität am Arbeitsmarkt, mit Kapitalinvestitionen, lebenslangem Lernen und mit allem, was da reinspielt, halten. Ich möchte selber ein bisschen von dem wegkommen, was ich gerade gemacht habe: nur die Köpfe zählen und die harten Fakten. Die Antworten liegen bei all den Faktoren, die da reinspielen, auch nicht nur in der Demografie.

Das soll auch ein bisschen die Angst davor nehmen, dass das nichts wird, wenn wir nicht bei dieser 2,1 landen. – Doch! Das kann, wenn man das große Ganze betrachtet, was Gutes werden. Das war mir einfach noch wichtig. Sie haben mit der Frage eine gute Vorlage geliefert, danke.

Zu Frankreich wurde auch schon etwas gesagt: Alles, was mit Zwängen verbunden ist, ist abzulehnen. Ich glaube, den Brief hat noch niemand gesehen; er ist ja noch in der Vorbereitung. Hintergrund – das ist meine Lesart – war zum einen, dass Frankreich im letzten Jahr, im Jahr 2025, zum ersten Mal auch einen negativen Saldo hatte. Auf einmal hatte es weniger Geburten als Sterbefälle. Das ist ein kleiner Schock. Zum anderen kam eine Zahl heraus, wie viele Paare resp. Frauen reproduktive Medizin in Anspruch nehmen, ihren Kinderwunsch also nicht umsetzen und eventuell auch nie mehr erfüllen können. Deswegen – so hatte ich es verstanden – meinte man jetzt, diesen Brief schreiben zu sollen, um einmal zu sagen: Die Biologie nicht vergessen! Das wurde ja auch gesagt. Es kann ja auch sein, dass der Brief gar nicht als Zwang gemeint ist, dass aber Zwänge entstehen, weil das Umfeld dann auf einmal dauernd nachfragt: Na, wie ist es denn jetzt? – Das wird sich zeigen.

Sie hatten gefragt, welche Länder es waren, die noch Geburtenüberschuss haben. Das sind die üblichen Verdächtigen Dänemark und Schweden, also zwei der nordischen Länder. Bei Dänemark war es jetzt aber in den letzten Jahren kurz schon einmal negativ. Es ist nicht mehr so, dass da ein großer Überschuss wäre. – Irland hat immer noch einen Überschuss. Dann noch kleine Länder, die, würde ich sagen, ein bisschen Ausnahmesituationen sind: Zypern, Luxemburg und Malta. Malta hat eine Bevölkerung von 400.000. Da gibt es natürlich eine ganz andere Konstellation; das schwankt auch mehr.

Wenn ich noch ganz kurz etwas dazu sagen darf, warum Deutschland bei Prävention und Lebenserwartung nicht so gut dasteht; ein paar Aspekte zu Prävention: Das eine sind wirklich die Risikofaktoren, die oft auch vermeidbare Risikofaktoren heißen. Alkoholkonsum und Rauchverhalten sind in den Ländern unterschiedlich verteilt. Deutschland steht da einfach nicht ganz so gut da. Rauchen ist schon sehr zurückgegangen; da wirkt aber die Vergangenheit mit Degenerationen bei den jetzt Älteren einfach noch nach. Auch die Ernährung spielt hinein. Sie kennen alle sicher, dass die mediterrane Küche immer als gesünder herangezogen wird.

Das andere ist einfach das Gesundheitswesen; Katharina, ich glaube, Du hast es gesagt: Bei uns ist das Gesundheitswesen einfach sehr kurativ ausgerichtet. Wenn eine Krankheit da ist, dann wird sie meistens sehr gut versorgt; aber die Prävention ist nicht da. In mehreren Studien hat sich mittlerweile sehr fest etabliert, dass da mehr getan werden müsste.

In der Folge führt das dazu, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern – auch das wurde gesagt – häufiger Herz-Kreislauf-Erkrankungen haben und die Sterblichkeit daran höher ist, gerade auch bei Altersgruppen rund um das Ruhestandsalter, sprich: Wenn da jemand stirbt, dann wirkt sich das auch extremer auf die Lebenserwartung aus, als wenn jemand in einem höheren Alter stirbt. Das spielt da alles mit hinein. – Ich bedanke ich mich für die Fragen und das Interesse.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank, Frau Loichinger. – Ich würde jetzt Harald Michel das Wort erteilen, weil uns Giles Merritt, wie mir mitgeteilt wurde, schon verlassen hat.

**Dr. Harald Michel (Institut für Angewandte Demografie):** Ich habe durchgehalten. – Ich möchte, obwohl meine Vorrednerinnen da schon das Wesentliche gesagt

haben, auch etwas zu den Themen "Geburtenrückgang" oder "Geburtendifferenzen" sagen. Die Diskussion taucht immer wieder auf.

Was Frankreich als Folie betrifft, halte ich das eh für sehr ungeeignet. Frankreich hat schon in den letzten 150 Jahren eine besondere Geburtenentwicklung gehabt. Bitte nicht vergessen: Diese Angst vor Dekadenz kommt aus dem Frankreich der Achtzigerjahre des 19. Jahrhunderts. Frankreich hat zu diesem Problem des Geburtenrückgangs immer eine andere Politik verfolgt, aber keine anderen Ergebnisse als die anderen Länder erzielt.

Was das Verschieben der Geburtenzahlen betrifft, bin ich ganz Ihrer Meinung: Letztendlich liegt das natürlich an den Berechnungen über die Periodenzahl. Erst die Kohortenziffer wird uns etwas Endgültiges sagen können. Aber auch da hilft wieder ein Blick in die Geschichte: Es ist eben nicht so, dass nur ein Aufschieben der Geburten Veränderungen erzielen kann, sondern das Gegenteil gilt auch. Da ist das klassische Beispiel die DDR, die in den Achtzigerjahren angeblich Erfolge in Bevölkerungspolitik erzielt hat, indem sie über bestimmte sozialpolitische Maßnahmen eine Verschiebung der Geburtenzahlen nach vorn induziert hat; diese wurden dann in den Neunzigerjahren mit dem raschen Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung später zurückbezahlt.

Quintessenz: Mir ist aus der Geschichte – und übrigens auch aus dem Rest der Welt – keine dauerhaft langfristig wirksame und nachhaltige Bevölkerungspolitik bekannt, die einen positiven Einfluss auf die Geburtenzahlen haben könnte. Diese Bemühungen scheinen ob der Komplexität der Geburtenentwicklung mühselig und wahrscheinlich umsonst zu sein. Da könnte man sich anderen Prozessen zuwenden.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte: Wer könnte uns als Beispiel dienen? Wo könnte man hinschauen? – Ich habe eingangs schon erwähnt, dass ich einen Blick nach Japan für ganz sinnvoll halte. Das ist mir in der Diskussion in Deutschland unterbelichtet. Wir schauen eher in die europäischen Nachbarländer. Japan ist mit diesem Geburtenrückgang und der Alterung ähnlich lange wie Deutschland konfrontiert. Japan hat natürlich andere sozialräumliche Voraussetzungen. Allerdings scheint es sich anzubieten, einmal zu schauen, wie Japaner mit Entvölkerung von bestimmten Regionen umgehen. Was machen sie da? Setzen sie auf eine konsequente Versorgung dieser Gebiete oder eher auf eine Konzentration der Bevölkerung in bestimmten Bereichen?

Das führt dann letztlich auch zu der Frage: Was machen wir denn mit regionalen Unterschieden? – Die Diskussion ist auch alt. Sie wird seit zwanzig Jahren geführt. Sie schwankt zwischen Aufgabe von Gebieten bis hin zu Ausstattung – so hat es jedenfalls noch die letzte Bundesregierung postuliert – und Komplettersorgung aller Gebiete unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl. Beides sind natürlich Maximalpositionen, die nicht haltbar sind.

Es scheint mir aber schon sinnvoll zu sein, zu überlegen, welche Infrastruktur ich in bestimmten Regionen außerhalb der Grundversorgung anbiete. Wie organisiere ich das? Wie bringe ich das der Bevölkerung sozusagen bei, in welchen Bereichen welche Gebiete wie versorgt werden können? – Das wäre es, was ich zu sagen hätte.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank. – Ich würde dann gleich mit Dr. Markus Schmitz weitermachen.

**SV Dr. Markus Schmitz (Bundesagentur für Arbeit Bayern):** Ich will die arbeitsmarktlichen Themen ansprechen, die jetzt noch nicht Erwähnung gefunden haben.

Es kam einmal die Frage der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch hier in Bayern auf. – Es ist in der Tat so: Seit 2023 schrumpft die deutsche Beschäftigung. Der einzige Grund, warum wir noch weiter gewachsen sind, ist einerseits der Zuwachs aus Drittstaaten sozusagen jenseits der Fluchtstaaten, andererseits aber auch aus den Fluchtstaaten. Das zeigt noch einmal ganz interessant – im Jahr 2025 ist das besonders auffällig –, dass wir gerade bei dem Thema der Hauptasylherkunftsländer und bei den Ukrainern ein Wachstum im Saldo von in Summe 20.000 hatten, bei den sonstigen Drittstaaten von 14.000. Wir haben auch eine frische internationale Studie, die belegt hat, dass wir in Bayern bei der Aktivierung gerade von Ukrainern, aber auch von Menschen aus den Top-8-Asylherkunftsstaaten sehr erfolgreich waren, deutlich höhere Beschäftigungsquoten haben und auch die Integration deutlich beschleunigt haben. Das wird mit Blick nach vorne also ein wichtiges Thema bleiben.

Wenn es uns nicht gelingt, das inländische Potenzial sozusagen weiter zu aktivieren, dann sagen wir: Demografisch sind die Messen gesungen. Wir haben es ja gerade aus beredtem Munde gehört, dass die Frage der Reproduktion entschieden ist. Die Frage ist aber, wie wir es schaffen, Bevölkerungsgruppen – gerade Frauen und Ältere – besser an den Arbeitsmarkt zu bringen.

Das Glas ist da halbvoll und halbleer. Wir sehen in den letzten zehn Jahren: Wir haben deutlich erhöhte Beschäftigungsquoten unter Frauen und Älteren. Das wächst stärker als in der Gesamtbevölkerung. Aber das Arbeitsvolumen, das in Summe zur Verfügung gestellt wird, ist nicht wirklich größer geworden. Das liegt an dem Teilzeitfaktor.

Da muss man sich die Frage stellen: Was sind die Gründe dafür, dass wir mehr Frauen in Beschäftigung haben? Wie gelingt es uns – das ist ja total richtig –, auch mehr Ältere in Beschäftigung zu bringen? Warum stellen sich diese Personengruppen gerade überwiegend in Teilzeit zur Verfügung? – Ich glaube, das ist schon auch eine Frage der Anreizstruktur und der Betreuungssituation, der Betreuungsmöglichkeiten.

Wir sehen, dass sich Erziehungs- und Carearbeit für Familienangehörige stärker überlappen. Früher waren da sozusagen noch Phasen dazwischen. Das wird schon ein Thema sein, über das wir neben der Zuwanderung auch sprechen müssen: Wie schaffen wir gute Anreiz- oder Fördermöglichkeiten, sodass gerade diese Personengruppen, wenn sie sich dem Arbeitsmarkt, was offenbar gelingt, verstärkt zur Verfügung stellen, auch das Arbeitsvolumen ausweiten? Das ist schon ein ganz, ganz spannendes Phänomen.

Ich würde gerne noch einmal einige Ausführungen zu dem Thema "Mismatch" machen; Herr Adjei, Sie hatten das Thema angesprochen: Es ist in der Tat so, dass das Thema "Mismatch" an sich nicht neu ist. Es hat sich aber deutlich verschärft. Ich glaube, das ist auch der Punkt, den Sie angesprochen haben.

Es hat sich dahingehend verschärft, dass durch die ausgelöste Transformation, die wir im Bereich des verarbeitenden Gewerbes und der Automobilindustrie durch KI und Automatisierung sehen, Qualifikationsanforderungen und Tätigkeitsprofile deutlich schneller verändern und drehen und neue, aber auch höherwertige Anforderungsprofile entstehen. Das führt dann in Summe dazu, dass die Anpassungsnotwendigkeiten am Arbeitsmarkt zunehmen und das Thema "Mismatch", das es auch schon vor zehn Jahren gab, sozusagen einen Akzelerator erfährt, sodass wir immer höhere Anforderungen haben.

Sie haben gefragt, was denn die drei Ansatzpunkte wären, die wir sehen: Das wäre, erstens, ein präventiver Ansatzpunkt, sodass wir beim Thema "Übergang

von Schule zu Beruf" weiter investieren müssen. Wir tun das auch. Die Themen "Assistierte Ausbildung", "Berufseinstiegsbegleitung", "Frühzeitige Berufsorientierung", also die sehr, sehr frühe Begleitung der Jugendlichen, werden bestehen bleiben. Wir haben da unsere Anstrengungen – auch zusammen mit den Sozialpartnern hier in Bayern – deutlich intensiviert.

Neben dem präventiven ist das zweite Thema ein kuratives: Wie können wir Menschen, die in der Arbeitslosigkeit sind, über berufliche Weiterbildung stärker fördern? Auch darauf liegt ein ganz, ganz großer Akzent. Ich glaube, wichtig ist der begleitende Aspekt; das ist für mich auch einer der Paradigmenwechsel, die wir gesehen haben. Wir können seit wenigen Jahren auch Menschen fördern und unterstützen, die in Beschäftigung sind.

Wir machen das einerseits mit dem Programm, das aus Helfern Fachkräfte macht. Wir haben viele Menschen, die auf Helferniveau in Beschäftigung sind, die wir sozusagen zu Fachkräften umschulen können.

Wir machen das andererseits, indem wir Menschen, die in Beschäftigung sind, auf Zukunftstechnologien ausrichten. Das ist gerade auch verschiedentlich angesprochen worden. Ich glaube, bundesweit jede vierte Weiterbildung auf dem Gebiet findet hier in Bayern statt. 15.000 Menschen sind täglich in solchen Angeboten.

Das ist für mich eigentlich auch ein Schlüssel für die nächsten Jahre: Dass wir nicht erst warten, bis die Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern dass wir schon während sie in Beschäftigung sind, diese aber volatil wird, unterstützen.

Das sind drei Punkte: präventiv, kurativ und begleitend. – Um Ihnen einmal eine Größenordnung zu geben: Wir haben in Bayern in diesem Jahr für diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente Mittel in Höhe von 1,1 Milliarden Euro – das ist nicht wenig –, um in dieses Thema sozusagen zu investieren. Damit versuchen wir auch, den Arbeitsmarkt demografie- und transformationsbegleitend zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. – Das vielleicht als einen Hinweis.

Die zweite Frage war zum Thema, was wir an Substitutionseffekten durch KI und Automatisierung sehen: In der Tat haben wir in den letzten Jahren gesehen – wir haben da spannende IAB-Studien, die wir auch gern zur Verfügung stellen können –, dass gerade in den klassischen Produktionsbereichen durch Automatisierung größere Substitutionseffekte sichtbar waren. Mit KI erlangen sozusagen auch Wissensberufe, die bislang ausgenommen waren, diese Substitutionseffekte. Das ist das Neue.

Ich bin da aber auch bei Bertram Brossardt: Wir reden noch mehr darüber, als wir faktisch schon sehen. Es ist nicht so, dass das schon so breitbandig eingesetzt wird. Wir werden aber eine ganz klare Tendenz sehen: Wir werden immer weniger Helferinnen und Helfer benötigen. Das heißt also: Die Anforderungen an die Jobprofile werden auch dort zunehmen.

KI und Automatisierung heißen auch nicht immer, dass wir im Saldo weniger Menschen in Beschäftigung benötigen, weil gerade die Bereiche und Regionen, die sich diesem Thema frühzeitig nähern, auch höhere Beschäftigungseffekte haben werden; wenn wir einmal schauen, welche Branchen auch in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren wachsen werden, dann sind das neben den sozialen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Unterricht klassisch auch die IT-nahen Bereiche. Wir erwarten – das sagen auch unsere Wissenschaftler –, dass wir dort weiteres Wachstumspotenzial haben.

Wir werden weniger Beschäftigung eher im Baugewerbe, im verarbeitenden Gewerbe, im Einzelhandel und in der öffentlichen Verwaltung sehen. Das sind schon

die Bereiche, bei denen wir sehr deutlich sehen, dass es dort eher zu Rückführungen kommt.

Wir sehen im Bereich der Wachstumsfelder, dass das gerade die sozial produktiven Berufe sind. Die klassischen Industriearbeitsplätze werden also auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren – so sehen wir das im Moment – weiterhin sehr deutlich unter Druck bleiben. Das lässt sich jetzt auch schon ein Stück weit in die Zukunft projizieren. – So viel, Frau Vorsitzende, von meiner Seite.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Vielen herzlichen Dank. – Als letzte Rednerin in dieser Runde jetzt noch einmal Frau Spieß.

**Sve Prof. Dr. Katharina Spieß (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)):** Herzlichen Dank auch von meiner Seite für die spannenden Fragen; ich gehe einmal der Reihenfolge nach vor.

Herr Rinderspacher, auf Ihre Fragen ist noch keiner meiner Kolleginnen und Kollegen detailliert eingegangen; Herr Köppen hat es ein bisschen erwähnt: Wo finden wir die Best-Practice-Beispiele? – Ich finde diese Frage für die Politik sehr berechtigt, weil wir bei allen Erkenntnissen darüber, was der Stand der Dinge ist, ja wirklich diese Best-Practice-Beispiele brauchen.

Ich möchte da auf zwei Dinge hinweisen. Zum einen machen wir am BiB zusammen mit Bund und Ländern das Demografieportal. Auf unserer Website und auf einer eigenen Website finden Sie das Demografieportal des Bundes und der Länder, wo unterschiedliche Best-Practice-Beispiele von den Kommunen und den Ländern gesammelt werden. Sie finden auch viele gute bayerische Beispiele, wie Bund, Land und Kommunen mit dem demografischen Wandel umgehen. Ich sage immer: Bei uns im Institut ist das bisher völlig stiefmütterlich behandelt. Auch wir müssen noch mehr investieren, um das bekannter zu machen, weil die ganze Arbeit, das alles zusammenzustellen und zu sammeln, ja eigentlich für die Politik ist, um dort nachschauen zu können.

Das gibt es auf Deutschlandebene. Was finden wir auf EU-Ebene? Das war ja auch ein Stück weit die Frage nach der Governance. – Diejenigen, die sich viel mit der EU befassen, wissen ja, dass es in der letzten Kommission Frau Šuica mit der Demography Toolbox gab; Frau Šuica war auch Kommissarin für Demografie und Demokratie. Die Demography Toolbox – man findet sie, wenn man googelt, relativ leicht – ist auf EU-Ebene eine Sammlung von Beispielen, wie die unterschiedlichen EU-Länder mit dem demografischen Wandel umgehen.

Zusammen mit Population Europe – ein europäisches Netzwerk, das es in Berlin gibt – sind wir am BiB auch dabei, diese Demography Toolbox praktisch noch stärker zu bewerben und noch stärker mit aktuellen Beispielen zu bestücken, weil dadurch, dass es jetzt keine Kommissarin oder keinen Kommissar mehr gibt, der sich explizit mit dem Thema Demografie befasst, natürlich auch in Frage steht, welchen Stellenwert das in der Kommission weiterhin haben wird. – Das war die Frage, was gute Best-Practice-Beispiele sind.

Dann will ich auch noch ganz kurz etwas zu dem Thema "Geburtenrückgang und was am besten wirkt" sagen: Ich selbst habe an dieser Gesamtevaluation mitgewirkt, die Frau Henriette Engelhardt-Wölfler erwähnt hat. Wir haben uns bei der Evaluation angeschaut, welche familienpolitischen Maßnahmen am besten darauf wirken, dass Menschen ihre Kinderwünsche umsetzen; nicht dass es mehr Geburten gibt, sondern dass Kinderwünsche umgesetzt werden. Diese Differenz zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl, die Frau Henriette Engelhardt-Wölfler sehr schön erklärt hat, nennt man in der Literatur Fertility Gap. Diesen

Fertility Gap kann man sich auch im ganzen europäischen Vergleich anschauen. Sie finden dazu auf unserer Homepage Studien; wenn Sie diese haben wollen, kann ich sie gerne nachliefern.

Man sieht, dass der Fertility Gap immer größer wird. Das hängt damit zusammen, dass die Geburtenraten zurückgehen, die Kinderwünsche zwar etwas, aber nicht so stark wie die Geburten zurückgehen. Deshalb ist aus meiner Perspektive schon eine wichtige Message an die Politik, auch wenn Sie Jugendumfragen, wenn Sie die Shell-Jugendstudie ansehen: Familie ist bei jungen Menschen schon noch sehr en vogue.

Ich glaube, Herr Hopp hat nach dem Wert von Familie gefragt: Der Wert von Familie ist bei jungen Menschen noch sehr hoch. Im Durchschnitt wünschen sich die Deutschen aktuell 1,76 Kinder. Das sind deutlich mehr, als sie letztendlich kriegen. Wir haben also einen Gap, an dem wir ansetzen können.

Frau Engelhardt-Wölfler hat gesagt, Infrastruktur ist unter allen Maßnahmen – als Familienforscher haben wir immer in Geld, Zeit, Infrastruktur kategorisiert – in der Tat die Maßnahme die – alle internationalen Studien zeigen es –, am ehesten dazu führt, dass Kinderwünsche umgesetzt werden. Womit ich nicht ganz übereinstimme, ist, dass dieser Effekt klein sei.

Auch da kommt es wieder sehr aufs Detail an: Wenn Sie sich in Deutschland Messungen anschauen, wie zum Beispiel ein Kita-Ausbau für Über-4-Jährige noch die Geburtenrate steigert, dann finden Sie in der Tat minimale Effekte, weil die Betreuungsquote für diese Altersquote bereits bei fast 96 % liegt. Wenn Sie sich aber anschauen, wie der Kita-Ausbau für 0- bis 3-Jährige auf die Geburtenrate wirkt, dann finden Sie relativ große Effekte. Es kommt also, immer auch auf das Basisniveau an, darauf, von wo aus Sie sie starten.

Wir wissen – deshalb ist das für unsere Diskussion ganz wichtig –, diese Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur für Kinder unter 3 Jahren kann sowohl bei der Steigerung des Erwerbsvolumens von Müttern, als auch bei der Fertilität, der Umsetzung von Kinderwünschen sowie bei der Bildung unglaublich viel bewirken.

Ich sagen in Interviews manchmal: Allzweckwaffe Kita. Unter diesen Aspekten hat ein Kita-Ausbau tatsächlich und wirklich eine mehrfache Rendite.

Damit bin ich auch schon bei der Frage, die Herrn Köppen gestellt wurde, zu der aber auch ich gerne etwas sagen würde: Was ist vor diesem Hintergrund ein optimales Bildungssystem? – Wenn Sie den Lebenslauf nehmen und anschauen, wo ein investierter Euro in Bildung am effizientesten ist und wo er die höchste Rendite bringt; so muss Politik ja eigentlich denken, wir haben begrenzte Mittel. Wenn ich Bildungsinvestitionen tätige, wann sind sie am effizientesten? – Ich kann Ihnen versichern und Ihnen zig Studien zeigen: Es ist absoluter Konsens in der Bildungsforschung, dass die Rendite dann am höchsten ist, wenn sie früh investieren – und zwar noch vor der Schule.

Wir wissen und sehen immer wieder, dass es in den deutschen Medien heißt: Grundschüler können nicht richtig lesen. Ihre Mathematical Skills sind nicht optimal. – Das liegt daran, dass wir bereits im Vorschulalter dermaßen große Unterschiede in den Kompetenzen von Kindern sehen, wie sie fast in keinem anderen Land sind. Deutschland hat die höchste Korrelation zwischen elterlichem Bildungshintergrund und Leistungsergebnissen der Kinder.

Wir können es uns eigentlich nicht mehr leisten, dass wir Kinder zurücklassen. Wir haben weniger Kinder. Ich bin von Haus aus Ökonomin und sage deshalb immer: Wir wissen eigentlich, dass jedes Kind jetzt – in Anführungszeichen – noch

mehr wert ist, weil wir es uns wirklich nicht leisten können, ein einzelnes Kind nicht optimal auszubilden. Wir müssen tatsächlich in das, was im Kopf drin ist und nicht nur in den Kopf per se investieren. Mein Plädoyer ist ganz eindeutig: Wir müssen sehr viel mehr in die frühe Bildung investieren, damit wir wirklich alle Kinder effizient mitnehmen.

Es wurde von Herrn Adjei dann noch einmal gefragt, welche praktischen Maßnahmen es bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit gibt. – Ich betone noch einmal und ich glaube, dass das auch für die Arbeitsmarktforschung wichtig ist: Es ist nicht per se so sehr das Erwerbsvolumen von Frauen insgesamt. Es ist wirklich das Erwerbsvolumen von Müttern. Frauen ohne Kinder haben inzwischen fast das gleiche Erwerbsvolumen von Männern. Es ist also tatsächlich so, dass Frauen mit Kindern ein geringes Erwerbsvolumen haben und letztendlich über ihren gesamten Lebenslauf in der Teilzeitfalle bleiben. Das wissen wir.

Was können wir tun? Wir können in der Tat – da wiederhole ich mich – wieder in Infrastruktur, in gute und verlässliche Betreuungsangebote investieren. Wir wissen, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass diese Angebote verlässlich und von guter Qualität sind. Wir haben Studien gemacht, die sogar zeigen, dass eine Kita mit einer besseren Qualität zu Lohnsteigerungen bei Müttern führen kann. Wir wissen, dass eben – ich sagte es vorhin – auch die Ganztagsgrundschulangebote ganz wichtig sind, weil Frauen ihr Erwerbsvolumen, selbst wenn es einen Teilzeit-Kita-Platz gab, dann, wenn die Grundschule anfängt, teilweise wieder reduzieren, weil sie sagen: Ich habe kein Mittagessen für mein Kind etc.

Ich habe vorhin auch gesagt: Wir brauchen neben Infrastruktur auch weitere Maßnahmen im Steuer- und Transfersystem. Ich habe zusammen mit Kollegen vom BiB eine Simulation gemacht: Was wäre, wenn wir kein Ehegattensplitting hätten? Was wäre, wenn wir ein Realsplitting hätten? – Das hätte immense Erwerbsanreize für Frauen, die keine betreuungsbedürftigen Kinder mehr zu Hause haben, die aber teilweise in der Teilzeitfalle bleiben, weil ihr Nettostundenlohn auf Haushaltsebene, wenn sie das Ehegattensplitting mitberechnen, durch diesen progressiven Steuertarif, wenn sie weniger arbeiten, teilweise sehr viel höher ist. Da können wir also wirklich etwas machen.

Auch Minijobs halten Frauen teilweise in Teilzeit, obwohl sie eigentlich Vollzeit arbeiten könnten. Auch da sind sich alle Arbeitsmarktforscher sehr, sehr einig.

Frau Schmidt, Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gefragt, warum ich hier nur von Frauen spreche, wenn es um Care-Arbeit geht und dass wir Care-Arbeit doch eigentlich auch als partnerschaftliche Aufgabe sehen müssten. – Ich bin da voll bei Ihnen. Vorhin wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsmarkt sicher ein wichtiges Kriterium ist. Fakt ist: Männer und Väter arbeiten Vollzeit. Wir wissen sogar, dass Väter, wenn sie Väter werden, ihre Arbeitszeit noch erhöhen. Nach wie vor sind es Frauen und Mütter, die ihre Arbeit reduzieren. Deshalb habe ich nur von Frauen gesprochen, gleichwohl ich Ihnen vollkommen recht gebe, dass wir eigentlich darüber sprechen müssten, wie wir Care-Aufgaben in unserer Gesellschaft gemeinsam stemmen können. Das ist ja eine Frage, die Männer und Frauen betrifft, die unsere Gesellschaft als Ganzes betrifft.

Meines Erachtens muss es darum gehen, sowohl Mütter und Väter am Arbeitsmarkt teilhaben zu lassen, indem wir bei den Unternehmen und Arbeitgebern Bedingungen schaffen, die beiden zum Beispiel eine vollzeitnahe Beschäftigung ermöglichen.

Wir wissen aus Umfragen zu dem, was sich die Bevölkerung wünscht, dass sie sich zum einen wünscht, dass Mütter mehr und Väter ein Stück weit weniger arbeiten. Wir haben einmal den Nettoeffekt dessen ausgerechnet, was die Wunschvorstellungen der Bevölkerung sind und können immer noch einen positiven Nettogewinn sehen. Man könnte ja sagen: Wenn jetzt alle Väter reduzieren und alle Mütter mehr arbeiten, was haben wir dann eigentlich an Erwerbsvolumen gewonnen? – Das wäre ja eine berechtigte Frage der Politik.

Wir wissen aber, dass, wenn sie Wunscharbeitszeiten angeben, Väter nicht so viel reduzieren wollen wie Mütter aufstocken wollen. Also hätten wir, wenn wir Wunscharbeitszeiten realisieren könnten, immer noch einen positiven Nettoeffekt und könnten uns Phasen von Care-Arbeit und Lohnarbeit überlegen, wo wir sagen: Beide Elternteile können vollzeitnah erwerbstätig sein. Aus Studien wissen wir, dass dann auch dieses Festhalten oder Verbleiben in der Teilzeitfalle nicht so ausgeprägt ist, wenn ich 75 oder 80 % anstatt klassisch 50 % arbeite.

Frau Schmidt, ich glaube, dass war es, was ganz wichtig ist. Ich denke, dass wir auch in eine Debatte darüber eintreten müssen, wie wir zukünftig Pflege organisieren und ob wir wollen, dass das primär wieder ein weibliches Aufgabenfeld wird. Oder diskutieren wir nicht auch hier ein Stück weit mehr über ambulante Pflegedienste, über Unterstützung von Familien, über stationäre Pflege? Das sind in der Regel auch wieder alles weibliche Arbeitsfelder. Deshalb brauchen wir Frauen auf diesem Arbeitsmarkt ganz, ganz dringend.

Oder schaffen wir es, was bisher von den Bemühungen her aber nicht so erfolgreich war, diese Berufe auch noch attraktiver für Männer zu machen – sowohl die Berufe in der Bildung und Betreuung von Kindern wie auch in der Betreuung und Pflege von älteren Menschen? – Ich glaube, ich habe jetzt in einem Schnelldurchritt einige Aspekte genannt, die mir in Ergänzung zu meinen Vorrednern und Vorrednerinnen noch ganz wichtig waren. Ich freue mich, wenn es noch eine weitere Fragerunde gäbe.

**Vorsitzende Ulrike Müller (FREIE WÄHLER):** Leider nicht, wir sind am Ende; es ist gleich 15:35 Uhr, liebe Frau Spieß. – Liebe Panelteilnehmer, ich möchte mich bei Ihnen ganz, ganz herzlich bedanken: "Demografie im Wandel – Europa zukunftsfest machen" hat jetzt eine Bandbreite an Themen und Inhalten aufgemacht, die uns alle richtig wachgerüttelt haben. Ich glaube, wir müssen das auch noch einmal politisch intensiv nacharbeiten und überlegen, was wir in Bayern tatsächlich noch mehr leisten können.

Ihre Aussagen und Antworten liegen im großen Ganzen. Wir brauchen Infrastruktur und Betreuung, frühkindliche Bildung, Wohnraum und Mobilität in den ländlichen Räumen. All das spielt zusammen.

Was wir heute diskutiert haben, hat mich persönlich wirklich ein Stück weitergebracht. Wir müssen in unseren Fraktionen überlegen, wo wir die Schwerpunkte auch bei den künftigen Haushaltsberatungen setzen und was noch angedacht werden muss.

Frau Spieß, für mich war eine Aussage von Ihnen wichtig: Wir müssen als gewählte Politiker tatsächlich das Wohlbefinden unserer Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen und hier noch einmal im Detail angucken, was wir alles brauchen.

Ihnen allen noch einmal herzlichen Dank für diesen großartigen Input, den wir bekommen haben und noch einmal Danke an die SPD für die Anregung zu dieser Anhörung.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen guten Nachmittag und erfolgreiche Gespräche. Ich hoffe, wir bleiben weiter in Kontakt.

Wenn Sie noch Links oder Studien haben, die wir unserem Protokoll anfügen können, dann sehr, sehr gerne. Wir sind für jede Information dankbar, weil wir so geballtes Wissen, wie wir es heute Nachmittag erfahren durften, doch selten haben. Die Fachreferenten haben sich grandios ergänzt. Ich bedanke mich noch einmal für jeden einzelnen Input.

Ihnen alles Gute und einen guten Nachhauseweg. Wir werden weiter tagen und haben morgen intensives Plenum. Vielen Dank und Ihnen persönlich noch einmal viel Glück und Gesundheit für die nächste Zeit. Dankeschön.

(Schluss: 15:37 Uhr)

Dr. Harald Michel

Berlin, April 2026

### Statement

Demografischer Wandel – Die aktuelle Situation und was getan werden muss

Seit etwa 10 Jahren ist es in der Wissenschaft unstrittig, dass der demographische Wandel Europas als ein „Megatrend“ des 21. Jahrhunderts kein „normaler“ Strukturwandel ist, sondern sämtliche Lebensbereiche der betroffenen Gesellschaften umfasst und diese in einem bisher noch nicht erlebten Maße verändern wird.

Verursacht durch den vor über einhundert Jahren in den ersten Ländern Europas begonnenen Geburtenrückgang, der über mehrere Etappen etwa ab den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer permanent unter dem Reproduktionsniveau der Bevölkerung liegenden Fruchtbarkeit in mittlerweile fast allen Länder geführt hat, wird dieser Prozess begleitet und zunehmend verstärkt durch die anhaltende Steigerung der Lebenserwartung in fast allen Ländern Europas. Dieser Zugewinn an Lebenszeit setzt sich ungebrochen fort, allein im 20. Jahrhundert betrug er für Deutschland etwa 30 Jahre und die gegenwärtigen Trends in der Verbesserung der Lebenserwartung der Hochaltrigen lassen auch zukünftig keinen Endpunkt dieser Entwicklung hin zur „Gesellschaft der Hundertjährigen“ erkennen.

#### Dimension und Ursachen

Als komplexer Prozess umfasst der demographische Wandel 4 Bereiche:

- die quantitative Veränderung der Bevölkerungszahl, d. h. insgesamt territorial differenzierte Schrumpfung der Bevölkerung vor allem in der Fläche mit eingelagerten urbanen Wachstumsinseln;
- die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung und Verschiebung der Proportionen zwischen den Altersgruppen, d. h. vor allem Alterung der Bevölkerung, Erhöhung des Durchschnittsalters, Sinken des Jugendquotienten und Wachstum des Altenquotienten; (Altenquotient = Verhältnis der Bevölkerung im nicht mehr erwerbsfähigen Alter zur Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, i.d.R. größer 65 Jahre/15-65 Jahre); (Jugendquotient = Verhältnis der Bevölkerung im noch nicht erwerbsfähigen Alter zur Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, i.d.R. 0-15 Jahre/15-65 Jahre)
- die Veränderung der Sozialstruktur, vor allem der Familien-, und Haushaltsstrukturen, d. h. auch zunehmende „Vereinzelung“, Zunahme der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der älteren Bevölkerungsjahrgänge;
- die Veränderung der räumlichen Verteilung der Bevölkerung durch Migrationsbewegungen, d. h. insbesondere Abwanderung aus dem ländlichen Raum und Zuwanderung in Wachstumskerne.

Der ein einigen Länder schon vor längerer Zeit eingesetzte Prozess der Schrumpfung und Alterung löst damit eine lang dauernde Phase der Bevölkerungsexpansion und Kontraktion in der Bevölkerungsentwicklung fanden schon immer statt, jedoch nicht unter den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft. Auch in einer wachsenden Gesellschaft mit großen Anteilen junger Bevölkerungsgruppen sieht sich die Politik großen Herausforderungen gegenüber. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass Probleme dieser Art in der Vergangenheit bewältigt wurden, während für die neue Situation aktuelle Erfahrungen erst ansatzweise vorliegen.

Ein wichtiger Unterschied zu den Wachstumsphasen ist weiterhin darin zu sehen,

dass Anpassungen in Phasen der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung auch immer Anpassungen und Reduzierungen von öffentlichen Leistungen erfordern, was eher konfliktträchtig ist als der Aufbau neuer Leistungen.

Diese demographische Herausforderung ist somit einmalig in der europäischen Geschichte. Es gibt deshalb keine fertigen und erprobten Rezepte, wie die europäischen Gesellschaften angemessen auf diese Entwicklung reagieren sollten. Weltweit hat bisher nur Japan entsprechende Erfahrungen gemacht. Die mit dem demographischen Wandel verbundenen Veränderungen stellen somit die europäische Bevölkerung vor vollkommen neuartige und sehr komplexe Herausforderungen. Der irreversible Alterungsprozess der Bevölkerung und die zunehmenden räumlichen Disparitäten als Kern dieses Wandlungsprozesses werden zu gravierenden Veränderungen in der Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft führen.

So wird sich mit hoher Sicherheit die Einwohnerzahl Europas bis zum Jahre 2050 auf ca. 542 Millionen verringern. Der zur Zeit in der wissenschaftlichen Diskussion zu findende leichte Anstieg der Fruchtbarkeitsziffern, vorausgesetzt er beruht nicht, wie zu vermuten ist auf einem statistischen Phänomen (bei Analysen von Fruchtbarkeitsziffern mittels Periodenanalyse unterschätzt diese Methode bei einer Verschiebung des durchschnittlichen Gebäralters nach hinten das Fruchtbarkeitsniveau, was sich bei einem Stillstand oder einer Umkehrung dieser Entwicklung in einem Anstieg der Total-Fertility-Rate niederschlägt), wird in keiner Weise zu einer Stabilisierung oder gar einem Wachstum der Bevölkerung Europas aus eigener Kraft führen. Dazu ist dieser „Anstieg“ viel zu gering, denn der heutige Durchschnittswert von 1,5 Kindern pro Frau müßte langfristig auf über 2 steigen, um eine einfache Reproduktion der Einwohnerzahlen auf lange Sicht bewirken zu können. Hinzu kommt, dass auf Grund der Trägheit der demographischen Prozesse (Momentum) selbst eine solche sehr unwahrscheinliche Erhöhung fast nichts an den Entwicklungen in den nächsten 20-30 Jahren ändern würde, nämlich das die Geburtenzahlen weiterhin niedrig bleiben werden und die Alterung der Bevölkerung sich fortsetzt.

Theoretisch wäre eine Stabilisierung zumindest der Einwohnerzahlen mittels Zuwanderung, so wie in den vergangenen Jahren in Europa erlebt, möglich. Allerdings ist zunehmend in Frage gestellt, aus welchen Quellregionen die potentiellen Zuwanderer kommen könnten, da die traditionellen Gebiete, vor allem in Osteuropa mittlerweile selbst von extremen Schrumpfungprozessen betroffen sind.

Der demographisch induzierte Wandel der europäischen Gesellschaften ist in vollem Gange und wird sich weiterhin mit zunehmender Geschwindigkeit vollziehen und zu einer ähnlich weitgehenden Veränderung der gesellschaftlichen Systeme und Organisationsstrukturen unseres Lebens mit einer hohen Dynamik führen. Da die demographischen Kernprozesse dieses Wandels (Geburtensniveau) im Wesentlichen kaum zu verändern, bzw. in ihrer Entwicklung gewünscht sind (Erhöhung der Lebenserwartung) ist eine differenzierte Vorgehensweise beim Umgang mit Alterung und Schrumpfung und ihren Auswirkungen in Form von dynamischen Anpassungsprozessen erforderlich und auch erfolgversprechend.

Die aktuellen und künftigen demografischen Entwicklungen sind dabei in besonderem Maße regionale und lokale Veränderungen. Die Hauptauswirkungen des demographischen Wandels - Schrumpfung und Alterung auf der einen Seite und zunehmende Konzentration und Internationalisierung (verbunden mit einer zunehmenden Bedeutung Integrationsproblematik, vor allem in West-, Mittel- und Südeuropa)) auf der anderen Seite - finden räumlich extrem differenziert statt, und sie verlaufen in den Ländern, Regionen, Städten und Gemeinden nicht proportional oder linear und nicht entlang politischer oder administrativer Grenzen. Wir erleben ein Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungprozessen.

In einer groben Überblicksbetrachtung existiert eine demographisch bedingte Zweiteilung Europas in Bezug auf diese Entwicklung: Neben prosperierenden Ballungszentren, die eine zunehmende Anziehungskraft ausüben, erleben weite Teile Europas (diese Gebiete machen ca. 75 % der Regionen aus), vor allem in den ländlichen Peripherien den Wandel als Schrumpfung mit dem Entstehen sich zunehmend entleerer Räume bis hin zur Entvölkerung und einer raschen Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung mit aller Wucht. Durch selektive Migrationsprozesse werden die Folgen des Wandels in diesen (Quell-) Gebieten noch verstärkt und in den Zielgebieten zumindest zeitweise gemildert. Derzeit profitieren vor allem Ballungsgebiete von Migrationsgewinnen zu Lasten der ländlichen Quellgebiete. Im Wettbewerb um personelle und finanzielle Ressourcen wird sich diese Polarisierung der Regionen in Europa insgesamt, aber vor allem auch in den einzelnen Ländern weiter verschärfen. Während also einige Regionen Europas auch in naher Zukunft kaum Auswirkungen des demographischen Wandels in Bezug auf Alterung und Schrumpfung verspüren werden, verläuft dieser Prozess in anderen Gebieten, umso schneller und tiefgreifender.

Hieraus ergeben sich die vielfältigsten Problemkonstellationen. Der Bevölkerungsrückgang führt zur Unterschreitung der Tragfähigkeit der allgemeinen Infrastruktur. Die Aufrechterhaltung funktionsfähiger regionaler Arbeits- und Versorgungsmärkte steht damit zur Disposition. Die starke Zunahme des Anteils alter Menschen, insbesondere im Umland der Städte und in den ländlichen Regionen, stellt hohe Anforderungen an die lokalen Infrastrukturen. Die Wanderungsprozesse führen zu demographisch-sozialen Disproportionen in der Alters- und Geschlechtsstruktur. Der Anteil der Männer in einer alternden Bevölkerung nimmt überproportional zu. Hieraus folgen deformierte Sozialstrukturen und die Zunahme devianter Verhaltensweisen und Lebensstile wie Alkoholsucht, extremistische Einstellungen und Gewalt. Diese Problemfelder wirken ihrerseits als Katalysator, die den demographischen Alterungsprozess beschleunigen.

### **Strategien des Umgangs mit dem demographischen Wandel**

Notwendig sind deshalb flexible Anpassungsstrategien, sowohl auf gesamtstaatlicher Ebene, aber auch im Blick auf die besonders betroffenen Regionen.

Voraussetzung hierfür ist zunächst die Bereitstellung regional differenzierter Informationen und Daten, die für ein regionales Benchmarking genutzt werden können. Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Informationsgrundlagen reichen nicht aus, um den Anforderungen des demographischen Wandels gerecht zu werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beziehen sich die Daten und Prognosen zum demographischen Wandel überwiegend auf übergeordnete Ebenen, etwa große Regionen oder die Länder als Ganzes. Die Daten müssen aber so aufbereitet werden, dass sie für ein regionales Benchmarking nutzbar gemacht werden können. Fundierte politische, insbesondere kommunalpolitische Entscheidungen erfordern zudem auch kleinräumige, disaggregierte Bevölkerungsprognosen auf kleinteilig-regionaler und kommunaler oder Stadtteilebene. Da Prognoseunsicherheiten in der Regel zunehmen, wenn der betrachtete Raum kleiner wird, sollten solche Prognosen regelmäßig und relativ kurzfristig überprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Sie können eine Grundlage für die Entwicklung regional differenzierter Strategien bilden.

Diese o.g. Veränderungen betreffen wie schon ausgeführt nicht alle Regionen zur gleichen Zeit und im gleichen Maße. Insbesondere (selektive) Wanderungsprozesse haben Gebiete erzeugt, die schon heute im demographischen Wandel sehr weit

fortgeschritten sind und damit sozusagen eine „Vorreiterrolle“ (Labor für Strategien) in der Konfrontation mit diesen Veränderungen spielen.

Dabei ist davon auszugehen, dass diese Disparitäten zu dauerhaften essentiellen regionalen Unterschieden, zu einer Verschärfung der Entwicklungsunterschiede zwischen städtischen Zentren und ländlich-peripheren Räumen führen werden; ein direktes Nebeneinander von stark oder schwach schrumpfenden, stagnierenden und leicht wachsenden Regionen ist im Entstehen.

.

Einheitliche Standards kann es angesichts der beschriebenen unterschiedlichen Entwicklung nicht mehr geben. Insbesondere in den schrumpfenden ländlichen Gebieten sind Mindeststandards neu zu definieren und räumlich abgestufte Angebote von sozialen Diensten und Leistungen zu entwickeln. Die Komplexität der demographischen Veränderungen erfordert daher umfassende und intelligente Anpassungsstrategien, die alle Handlungsfelder angemessen im Rahmen einer Querschnittpolitik berücksichtigen.

## Stellungnahme Dr. Markus Schmitz

Anhörung Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten  
sowie regionale Beziehungen des Bayerischen Landtags

### Ausgangslage am bayerischen Arbeitsmarkt

Der bayerische Arbeitsmarkt steht im bundesweiten Vergleich weiterhin auf Platz 1. Gleichwohl zeigt er aber im Spannungsfeld von Rezession und Transformation der letzten Jahre deutliche Eintrübungen: Im März 2026 lag die Arbeitslosenquote bei 4,2 %, 329.303 Personen waren arbeitslos gemeldet, während 102.313 offene Stellen registriert waren. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit um +3,1 % (+9.826). Damit erreicht die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand in einem März seit 2010. Die Situation ist strukturell eine andere als während der sog. Hartz-Reformen und der Finanzkrise: Damals traten tiefgreifende strukturelle Probleme in Deutschland zutage, die sich in einer hohen Arbeitslosigkeit widerspiegelten. Heute prägt zum einen eine nun schon länger anhaltende Rezession den Arbeitsmarkt. Hinzu kommt eine sektorale, insbesondere das produzierende Gewerbe (insb. Automobil-Industrie, Maschinenbau) betreffende Transformation, die verstärkt durch die demografische Entwicklung (Abgang der Baby-Boomer in die Rente) auf den Arbeitsmarkt einwirkt. Die Folge ist die Parallelität von steigender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Der langjährige Zeitreihenvergleich für Bayern zeigt: Die Bestände an Arbeitslosen und gemeldeten Stellen haben sich seit 2005 nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Relation deutlich verändert – während 2005 noch 13 Arbeitslose auf eine gemeldete offene Arbeitsstelle kamen waren es 2025 lediglich drei. Nicht (nur) zu wenige Stellen oder zu viele Arbeitslose sind das Problem, sondern die Passung von Angebot und Nachfrage: Auf eine offene Fachkraft-Stelle kommen bayernweit 1,8 arbeitslose Fachkräfte; auf eine offene Helfer-Stelle hingegen 9,0 arbeitslose Helferinnen und Helfer. Das betont die Bedeutung gezielter Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung.

### Beschäftigungsentwicklung

Nach einem langen Aufholtrend ist das Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zuletzt quasi zum Stillstand gekommen (+0,1 % zu 2024; +5,0 % zu 2020; +29,7 % zu 2010). Im fünften Monat in Folge ging im März 2026 die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Vorjahresvergleich zurück. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich fortsetzen und verstärken. Gleichzeitig hat sich der Ursprung der Beschäftigungszuwächse verschoben: Seit 2023 wird das Beschäftigungsplus maßgeblich durch Staatsangehörige aus Drittstaaten getragen – Zuwächse aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz flachen ab, die Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger geht seit 2022 zurück. Insgesamt gehen die Berechnungen von einem rückläufigen Wanderungssaldo auch bei ausländischen Beschäftigten aus.

Die Projektionen vom Projekt „*QuBe - Qualifikation und Beruf in der Zukunft*“ des Bundesinstituts für Berufsbildung sehen für Bayern bis 2040 sowohl einen Rückgang des Bedarfs an Erwerbstätigen (–110.000; –1,4 %) als auch des Angebots (–90.000; –1,1 %). Aggregiert wirkt das verkraftbar – aber: Nach Qualifikationsniveaus divergieren Angebot und Nachfrage deutlich. Prognostiziert ist bis 2040 ein Überangebot im Helferbereich von rund +970.000 Personen und ein Unterangebot im Fachkräftebereich von etwa –660.000 Personen. Ohne gezielte Qualifizierung wird der strukturelle Engpass fortbestehen. Bis 2040 sollen insbesondere Heime &



Sozialwesen (+118 Tsd.), IT- und Informationsdienstleister (+83 Tsd.) und Gesundheitswesen (+43 Tsd.) wachsen, während u. a. Baugewerbe (–95 Tsd.), Einzelhandel (–42 Tsd.) sowie Finanz und Versicherungsdienstleister (–42 Tsd.) und das übrige verarbeitende Gewerbe (-37 Tsd.) Stellen verlieren. Darüber hinaus ist Bayern überdurchschnittlich ländlich geprägt (33,7 % der Bevölkerung in peripher ländlichen Regionen). Das erschwert Matching und Mobilität – und spricht für die Förderung regionaler Vermittlungs- / Qualifizierungsnetzwerke sowie gute Erreichbarkeiten und Infrastrukturen (ÖPNV, Kinderbetreuung, Wohnraum).

## Wir brauchen eine Doppelstrategie: Inländische Potenziale heben und ausländische Potenziale systematisch erschließen

Um den sich abzeichnenden Herausforderungen zu begegnen, bedarf es einer Doppelstrategie, die das gesamte inländische Potenzial in den Blick aktiviert und zugleich strukturiert qualifiziertes ausländisches Potenzial für den bayerischen Arbeitsmarkt erschließt.

### *Inländisches Potenzial – Qualifizieren, gewinnen, halten*

Bayern braucht weiterhin eine starke duale Ausbildung. Wir setzen auf frühzeitige Berufsorientierung, passgenaue Vermittlung und Unterstützungsleistungen (z. B. assistierte Ausbildung), damit Ausbildungsplätze besetzt werden und Übergänge gelingen. Angesichts des Qualifikations-Mismatch priorisieren wir Aufstiegs- und Nachqualifizierungen in Richtung Fachkraftniveau. Das ist der schnellste Hebel gegen Engpässe – zumal laut Prognose die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit hoch bleibt, während ein Überangebot im Helfersegment wächst. Darüber hinaus intensivieren wir Maßnahmen zur Integration von Frauen, zur Beschäftigungssicherung und Rückkehr Älterer sowie zur beruflichen Neuorientierung (Quereinstieg). Diese Gruppen sind zentral, um regionale Engpässe zu entschärfen.

### *Ausländisches Potenzial – Erwerbsmigration strategisch ausbauen, Fluchtmigration als Chance gestalten*

Die Beschäftigungsstatistik zeigt: Seit 2010 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig-beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer in Bayern mehr als verdreifacht (+217,9 %), während die Zahl deutscher Beschäftigter nur um +13,5 % zulegen. In der jüngsten Entwicklung tragen Drittstaaten maßgeblich zum Beschäftigungsaufbau bei. Zuwächse aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz fallen schwächer aus bzw. gehen zuletzt zurück. Diese Dynamik wird demografisch weiter an Bedeutung gewinnen.

Dabei unterscheiden wir zwischen Erwerbsmigration und Fluchtmigration. Erwerbsmigration ist grundsätzlich gesteuert: Sie orientiert sich an arbeitsmarktlichen Bedarfen – etwa in Engpassberufen – und setzt auf zügige Anerkennung von Qualifikationen, gezielte Sprachförderung sowie strukturierte Integrationspfade. Entscheidend sind hierbei klare Akzentsetzungen und verlässliche Verfahren, damit Potenziale schnell und nachhaltig wirksam werden. Hier muss der Schwerpunkt einer skalierungsfähigen Erwerbsmigrations-Strategie aus Drittstaaten liegen.

Fluchtmigration ist dahingegen humanitär begründet und erfolgt häufig ungesteuert. Damit gehen Herausforderungen einher – etwa im Spracherwerb, bei der Anerkennung von Qualifikationen und der Integration in Arbeit und Gesellschaft. Zugleich eröffnen sich durch sie aber



auch Chancen: Viele der Geflüchteten sind vergleichsweise jung und verfügen über Potenziale, die wir durch passgenaue Förderung und zügige Arbeitsmarktintegration gezielt nutzen können. Diese Potenziale gilt es systematisch zu erschließen, damit sie langfristig zur Arbeitskräftesicherung in Bayern beitragen.

## Fazit – Was Bayern jetzt braucht

Die prognostizierten Über- und Unterdeckungen bis 2040 machen klar:

Wir müssen konsequent eine Doppelstrategie fahren: Inländische Potenziale (Ausbildung, Weiterbildung, stille Reserve) und ausländische Potenziale (Erwerbsmigration, Integration Geflüchteter) müssen parallel und koordiniert erschlossen werden.

Mit dieser Doppelstrategie und einer engen Kooperation der Partnerinnen und Partner bei uns im Freistaat können wir gemeinsam die Transformation arbeitsmarktpolitisch flankieren, Beschäftigung sichern und die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns im demografischen Wandel erhalten.

**ANHÖRUNG IM AUSSCHUSS  
FÜR BUNDES- & EUROPA-  
ANGELEGENHEITEN SOWIE  
REGIONALE BEZIEHUNGEN  
IM BAYERISCHEN LANDTAG**

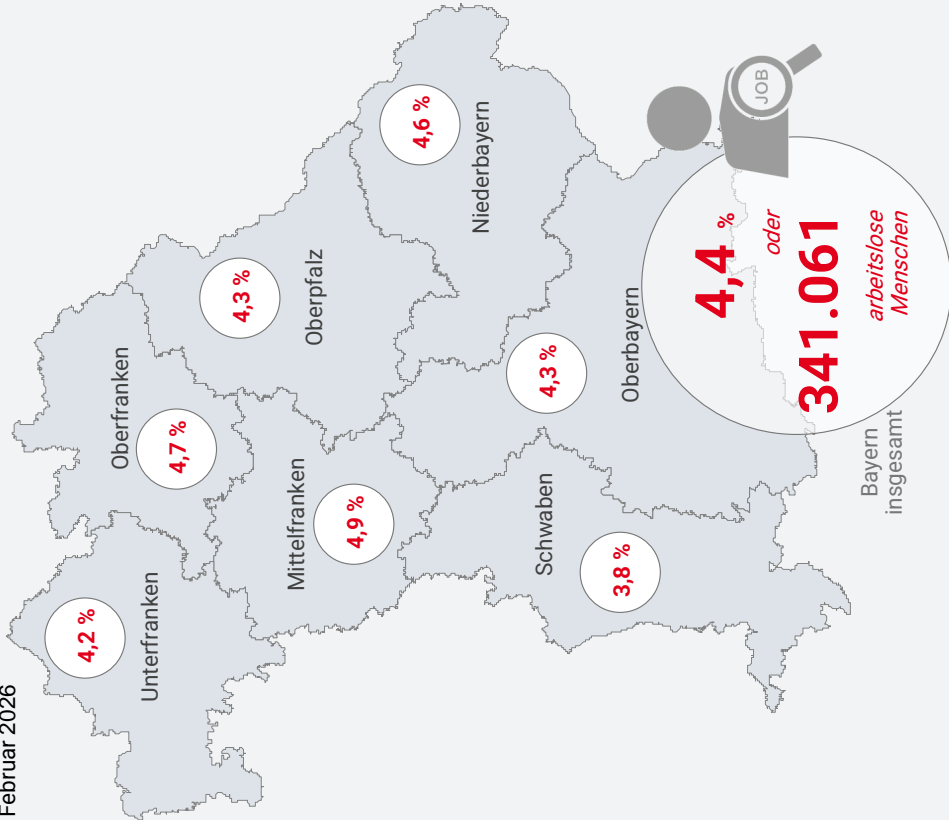
**DR. MARKUS SCHMITZ**  
***VORSITZENDER DER GESCHÄFTSFÜHRUNG***



**Bundesagentur für Arbeit**  
Regionaldirektion Bayern

# DER BAYERISCHE ARBEITSMARKT IM FEBRUAR 2026 KAUM BEWEGUNG - KONJUNKTUR WEITERHIN SCHWACH

Arbeitslosenquote in Bayern  
Februar 2026



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen und Beschäftigte  
Bayern

Aktueller Rand und Vorjahresveränderung

Februar 2026

**341.061**

Menschen sind arbeitslos gemeldet



Vorjahresvergleich

**+4,5 %**  
oder **14.549**  
mehr Menschen

Februar 2026

**103.342**

freie Arbeitsstellen



Vorjahresvergleich

**-9,9 %**  
oder **11.370**  
weniger Stellen

Dezember 2025

**5,96 Mio.**

Menschen arbeiten sozialversicherungspflichtig



Vorjahresvergleich

**-0,2 %**  
oder **10.000**  
weniger Beschäftigte

Februar 2026

**57,0 %**

oder **194.326** Menschen  
sind bei den Agenturen für Arbeit  
arbeitslos gemeldet.



**43,0 %**

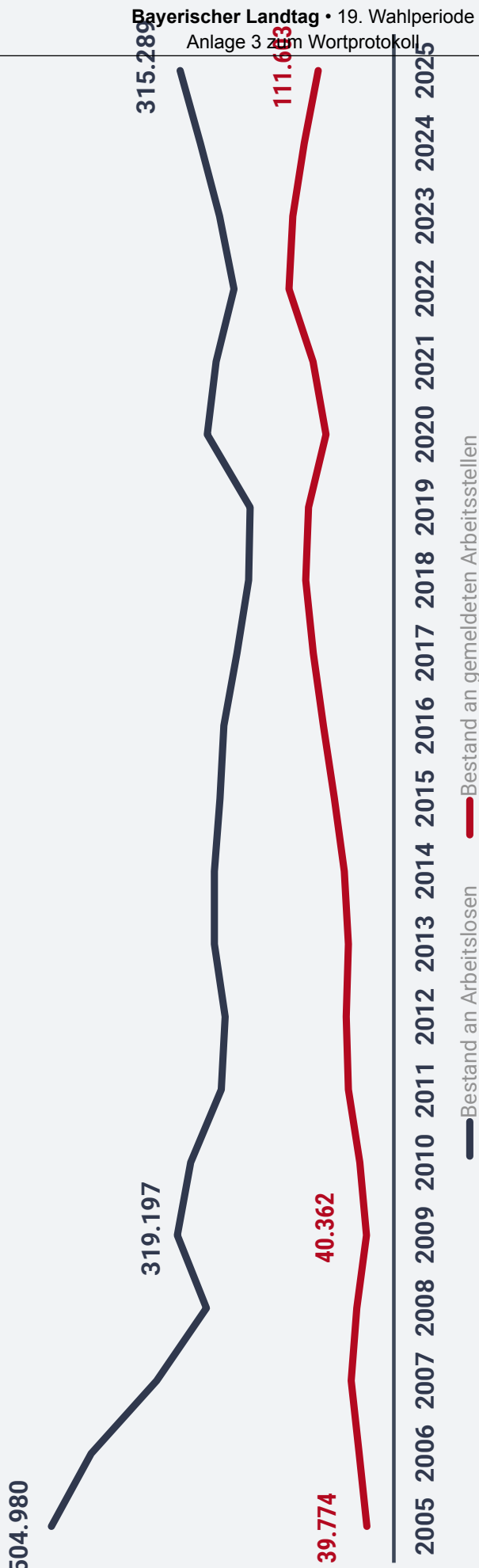
oder **146.735** Menschen  
sind bei den Jobcentern  
arbeitslos gemeldet.

Bayern  
insgesamt



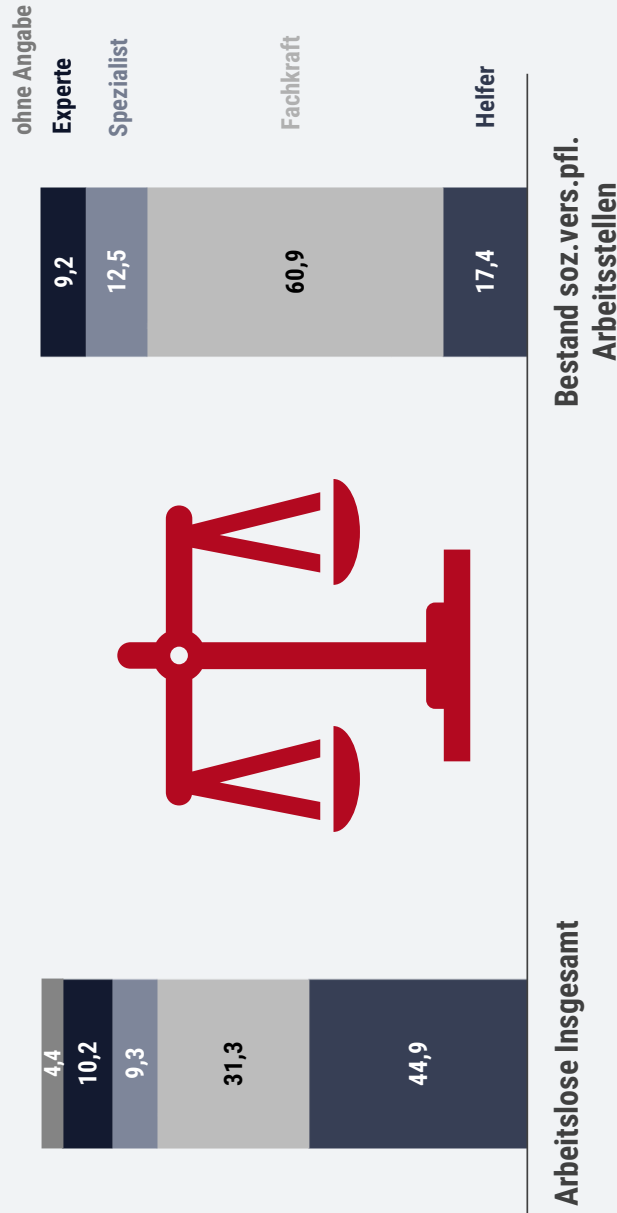
Bundesagentur für Arbeit  
Regionaldirektion Bayern

# NEUE RELATION VON ARBEITSLLOSEN UND OFFENEN STELLEN DIE KRISE VON 2005 IST NICHT MIT DER HEUTIGEN TRANSFORMATION VERGLEICHBAR



3 \* Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bayern – Gebietsstand Januar 2026

# MISMATCH ARBEITSLOSE & OFFENE STELLEN NACH ANFORDERUNGSNIVEAU



**Es kommen  
auf jede ...**

**Fachkraft-Stelle**

**1.8** arbeitslose Fachkräfte

**Helfer-Stelle**

**9.0** arbeitslose Helfer

4 \* Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bayern – Gebietsstand Januar 2026

# SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE STAGNIERENDES WACHSTUM IN DEN LETZTEN JAHREN

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte  
Bayern (Stichtag 30. Juni)



Bayerischer Landtag • 19. Wahlperiode

Anlage 3 zum Wortprotokoll



+ 0,1 % zu 2024



+ 5,0 % zu 2020



+ 29,7 % zu 2010

43. BU, 1. Anhörung  
04. 2026



Bundesagentur für Arbeit  
Regionaldirektion Bayern

5 \* Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

# UNSERE DOPPELSTRATEGIE SYSTEMATISCHE AKTIVIERUNG DER POTENZIALE



## Inländisches Potenzial

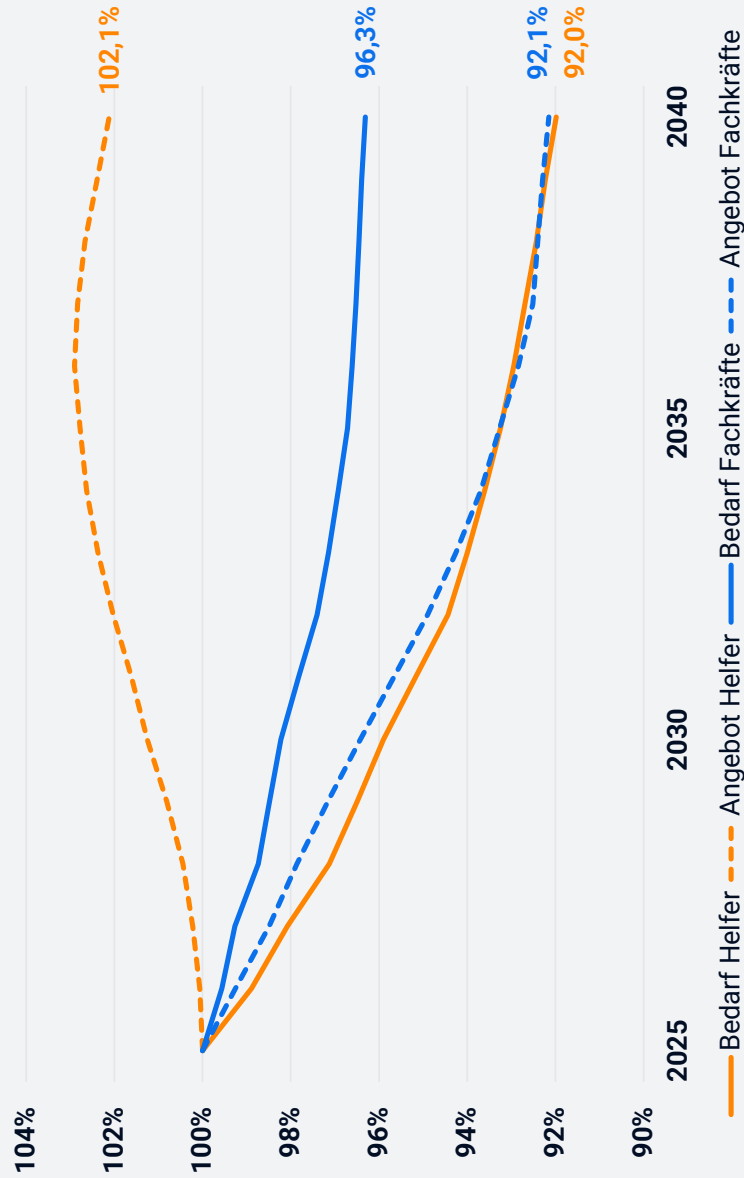
- **Ausbildungsbereitschaft** hochhalten
- **Qualifizierung & Weiterbildung** von Arbeitssuchenden und Beschäftigten
- **Stille Reserve | Ältere | Frauen | Quereinstieg**



## Ausländisches Potenzial

- Ganzheitliche Erwerbs-/Zuwanderungsstrategie
- Nutzen der Chancen aus der **Fluchtmigration**
- Systematischer Ausbau der **Erwerbsmigration**

# ANGEBOT & NACHFRAGE AUF DEM ARBEITSMARKT ENTWICKLUNGSPROGNOSE NACH QUALIFIKATIONSNIVEAU



7 \* Quelle: BIBB QuBe-Datenportal: [https://www.bibb.de/de/qube\\_datenportal.php#/](https://www.bibb.de/de/qube_datenportal.php#/)

## Qualifikation

Als Erfolgsfaktor der Zukunft

um **970.000** Personen  
zu hohes progn. Angebot  
im **Helferbereich 2040**

um **660.000** Personen  
zu geringes progn. Angebot  
im **Fachkräftebereich 2040**

# UNSERE DOPPELSTRATEGIE SYSTEMATISCHE AKTIVIERUNG DER POTENZIALE



## Inländisches Potenzial

- **Ausbildungsbereitschaft** hochhalten
- **Qualifizierung & Weiterbildung** von Arbeitssuchenden und Beschäftigten
- **Stille Reserve | Ältere | Frauen | Quereinstieg**



## Ausländisches Potenzial

- Ganzheitliche Erwerbs-/Zuwanderungsstrategie
- Nutzen der Chancen aus der **Fluchtmigration**
- Systematischer Ausbau der **Erwerbsmigration**

# SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE VERDREIFACHUNG DER BESCHÄFTIGUNG VON AUSLÄNDERN SEIT 2010

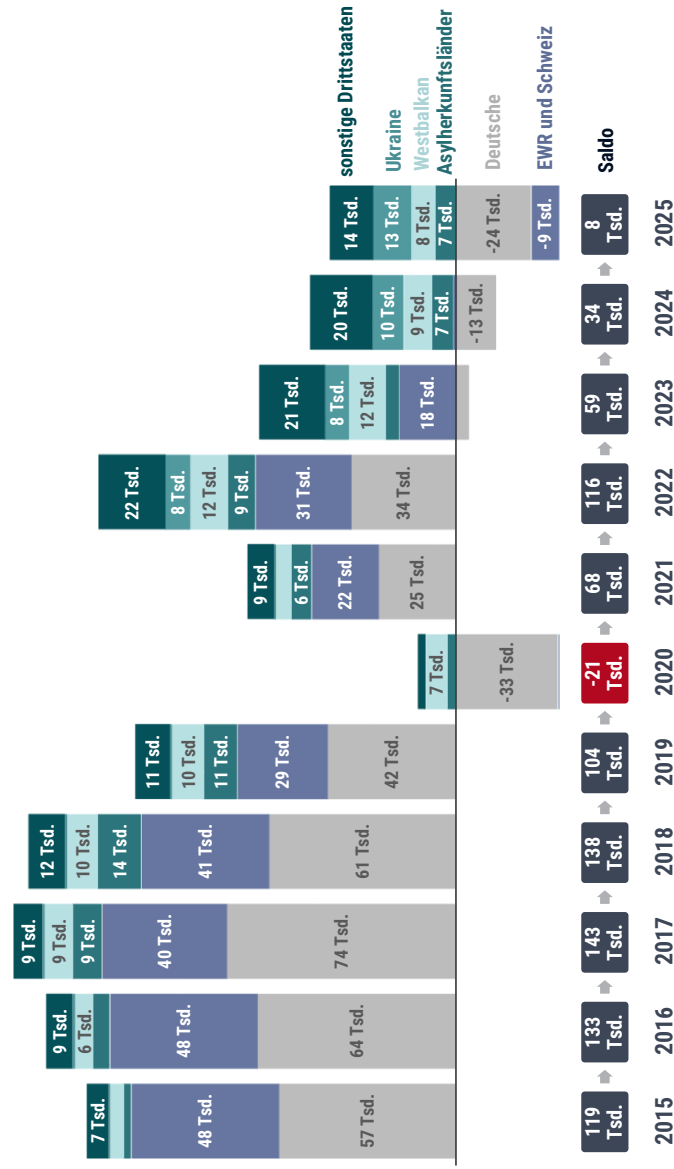


9 \* Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit



# BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG IN BAYERN SEIT 2023 VON AUSLÄNDERN GETRAGEN

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten  
Veränderungen ggü. dem Vorjahr  
Bayern  
Zeitreihe: jeweils zum Stichtag 30.06.



## BESCHÄFTIGUNGS- POTENTIALE

### Inland

sinkt konstant & unaufhaltsam

### EWR & Schweiz

seit Jahren rückläufig

### Drittstaaten

trägt Wachstum, aber nimmt ab

### Zu unterscheiden:

Erwerbs- und  
Fluchtmigration

10 \* Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

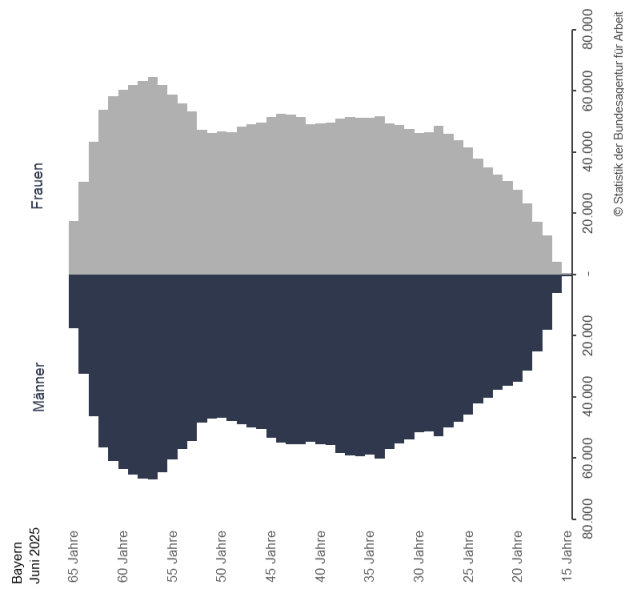
# FLUCHTMIGRATION

**EINREISE AUS HUMANITÄREN GRÜNDEN | OFT UNGESTEUERT  
KOMMT MIT HERAUSFORDERUNGEN, ABER AUCH CHANCEN**

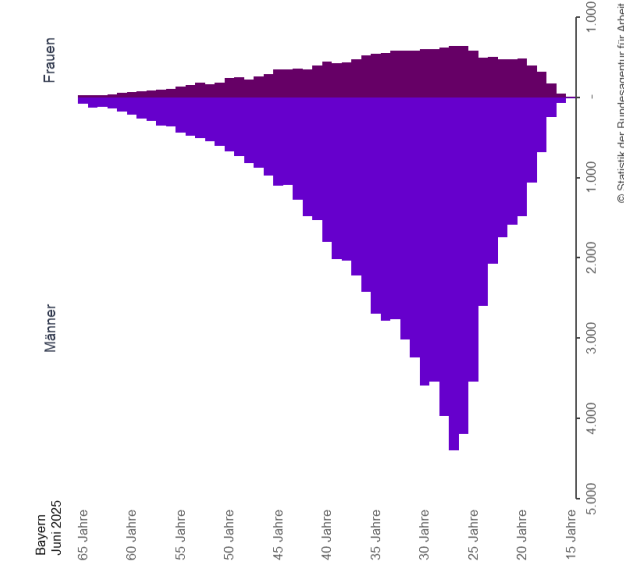
# SOZIODEMOGRAFISCHE DATEN GEFLÜCHTETER MENSCHEN IM VERGLEICH

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit (15 bis 65 Jahre) und Geschlecht am Arbeitsort  
Deutschland – Stand 30.06.2026

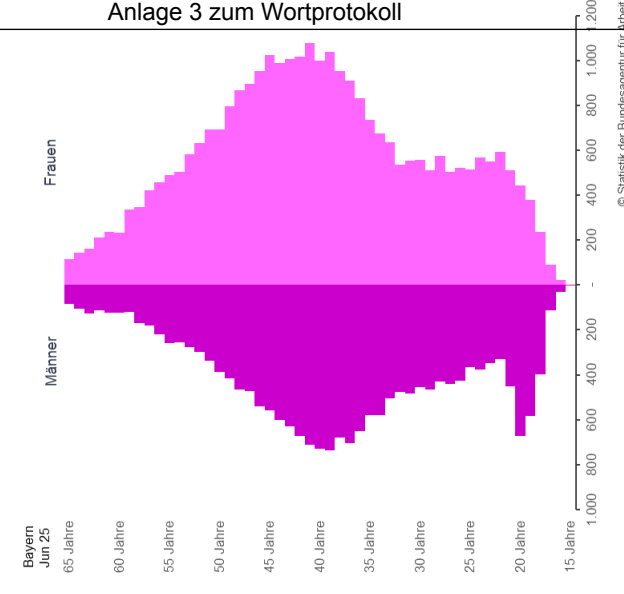
## Deutsche



## Asylherkunftsländer (TOP 8)



## Ukraine



Top 8: Mit einer der folgenden Staatsangehörigkeit: Afghanistan, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien

# ERWERBSMIGRATION

**GEWINNUNG VON AZUBIS & FACHKRÄFTEN AUS DEM AUSLAND  
SYSTEMATISCHER AUSBAU ALS BASIS UNSERER  
ERWERBS- UND ZUWANDERUNGSSTRATEGIE**

# UNSERE VIER HEBEL ZUR BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG AUS DEM AUSLAND



## Auszubildende

gewinnen

- Triple Win - Auszubildende  
*Indien*  
Pflegekräfte
- APAL – Ausbildungs-  
partnerschaft Asien und  
Lateinamerika  
*El Salvador, Mexiko,  
Brasilien, Kolumbien,  
Usbekistan und Indien*  
Gesundheits-, Handwerks-,  
gewerblich-techn. Bereich
- Drittstaaten-Projekte  
der regionalen AA  
*u.a. Kirgistan,  
Tadschikistan*  
Regionale Engpassberufe



## Fachkräfte

anwerben & anerkennen

- Triple Win - Fachkräfte  
*Indien, Indonesien, Philippinen,  
Tunesien*  
Pflegekräfte
- Pflegefachkräfte aus Lateinamerika  
*Mexiko, Kolumbien*
- T.E.A.M. Technik  
*Kolumbien*  
*Elektr., Mechatronik, Metall*
- THAMM Plus  
*Ägypten, Marokko, Tunesien*  
*Elektronik & Mechatronik*
- FIT for Climate  
*Kolumbien, Usbekistan*  
Handwerk
- Shaping the Future  
*Kolumbien*  
Erzieher



## Akademiker

Experten anwerben

- Specialized!  
*Mexiko, Kolumbien,  
Jordanien*  
*Humanmedizin*

## Studierende haben

- Pilotprojekt Studierende  
*Fokus: Indien*  
*Modellvorhaben der BA  
mit Hochschulpartnern*
- Phase 1: Akquise, Orientierung,  
Beratung, sprachl. Qualifizierung
- Phase 2:  
Arbeitsmarktübergang

# Demografischer Wandel in Deutschland und der EU

Dr. Elke Loichinger

Anhörung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten  
sowie regionale Beziehungen zum Thema „Demografie im Wandel –  
Europa zukunftsfit machen“

14. April 2026

Bayerischer Landtag, München



# Zentrale demografische Entwicklungen

- 1) Alle Länder der EU altern. In Deutschland prägt der Übergang der Babyboomer vom Erwerbsleben in den Ruhestand die Entwicklung der kommenden Jahre: Im Jahr 2024 war jede fünfte Person 67 Jahre oder älter, im Jahr 2035 wird es jede vierte Person sein.
- 2) Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20-66 Jahre) wird in allen Varianten der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2070 sinken. In der großen Mehrzahl der EU-Länder wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ebenfalls zurückgehen (Population Projections EUROPOP 2023).
- 3) Deutschland liegt mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von durchschnittlich 1,35 Kindern pro Frau im europäischen Vergleich im Mittelfeld (2024). Die weitere Entwicklung der Geburtenraten ist europaweit schwer abzuschätzen.
- 4) Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland bei der Lebenserwartung keine Spitzenstellung ein. EU-weit liegen Männer mit einer Lebenserwartung bei Geburt von 78,9 Jahren an 17. Stelle und Frauen mit 83,5 Jahren an 16. Stelle (2024).
- 5) Deutschland hatte als erstes Land der EU ein dauerhaftes Geburtendefizit (seit 1972). Mittlerweile sterben mit wenigen Ausnahmen in allen EU-Ländern mehr Menschen, als geboren werden.
- 6) Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung in Deutschland seit Anfang der 1970er Jahre gesunken und stärker gealtert. Ein positiver Wanderungssaldo hat bis auf wenige Jahre das Geburtendefizit mehr als ausgeglichen und die Bevölkerung verjüngt. Auch EU-weit würde die Bevölkerung ohne Zuwanderung aus Drittstaaten aufgrund des Geburtendefizits seit mehreren Jahren sinken.

Quellen: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), <https://ec.europa.eu/eurostat/en/>; Eurostat (2024): EUROPOP2023 - Population projections at national level (2022-2100).

# Kontakt

Statistisches Bundesamt  
Postanschrift  
65180 Wiesbaden

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

Ansprechpartnerin  
Dr. Elke Loichinger  
[elke.loichinger@destatis.de](mailto:elke.loichinger@destatis.de)  
Telefon +49 611 75-2708

